

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenspalte Poststelle oder deren Raum 150 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Anzeigen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, frühere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 144.

Donnerstag, den 23. Juni 1921.

28. Jahrgang.

Einigung über die Räumung Oberschlesiens.

Eine französische Antwort.

Am 16. Juni hat die deutsche Regierung nach Paris, London und Rom eine Note gerichtet, in der sie Verwahrung einlegte gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien und energische Maßnahmen gegen die Insurgenten forderte.

Hierauf hat Frankreich eine Antwortnote überreicht, die im ganzen etwas Kleinlaut klingt, aber mit einer gewissen Spitze gegen England darauf hinweist, daß nicht eben Frankreich allein verantwortlich für Oberschlesien sei, sondern die Interalliierte Kommission in ihrer Gesamtheit. Auch trage der deutsche Selbstschutz einen Teil der Schuld daran, daß es jetzt noch zu keiner Einigung gekommen sei, denn er verferne, daß es für ihn nicht Verhandlungen, sondern nur Unterwerfung geben könne.

Unterdessen ist nun in Oberschlesien über den gestern angekündigten Räumungsplan neu verhandelt worden. Von deutscher Seite nahmen außer dem ober-schlesischen Zwölferaus-schuss Vertreter der Reichsregierung und der Regierungs-parteien teil, die Entente-Kommission wurde von Sir Harold Stuart und dem General Henniker vertreten.

Der englische Plan legt ein Zurückgehen der Polen in den ersten zwei Tagen fest, und darnach den Rückzug des

deutschen Selbstschutzes. In weiteren sieben Tagen soll die Räumung beendet sein. Es scheint, daß die deutschen Vertreter diesem Plan im wesentlichen zugestimmt haben.

Einigung.

II. Breslau, 23. Juni. Die Verhandlungen zwischen General Hüfer und General Henniker haben nach einer offiziellen deutschen Meldung völlige Übereinstimmung über den Räumungsplan ergeben. Die Mitglieder des Zwölferaus-schusses verhandelten gestern gemeinsam mit den drei nach Oberschlesien entsandten Reichstagsabgeordneten der Regierungsparteien über den neuen Räumungs-vorschlag. Sowohl die Mitglieder des Zwölferaus-schusses, wie auch die Reichstagsabgeordneten Pohlmann, Schulte und Köster kamen zu dem Ergebnis, daß dieser Plan die beste Garantie für eine verhältnismäßig reibungslose Räumung Oberschlesiens in Übereinstimmung mit den Alliierten sei, und daß von deutscher Seite nur zu wünschen übrig bleibt, daß nun auch möglichst rasch an die Durchführung herantreten wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Juni.

Der Reichstag lehnte am Mittwoch das von den Deutsch-nationalen eingebrachte Mißtrauensvotum wegen der Erklärung des Reichskanzlers zu der Assistentenfrage mit 210 gegen 67 Stimmen ab. Die Deutschnationalen und die Kommunisten hatten sich in treuer Gemeinschaft zusammengetan. Die Deutsche Volkspartei hatte sich der Abstimmung enthalten. Den Kommunisten war diese Brüderlichkeit mit Helfferich und Genossen nicht recht angenehm, und sie erklärten, daß sie nicht für den deutschnationalen Antrag gestimmt hätten, um die demagogische Agitation dieser Partei zu unterstützen. — Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Kleinwohnungsbaues wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten angenommen. Es wird also nun von allen Wohnungen, Betrieben, Fabriken, Bureaus, Scheunen, Ställen usw. eine Abgabe von 5 Proz. des Nutzungswertes vom 1. Juli 1914 an erhoben. Zu dieser Steuer erheben die Gemeinden einen Zuschlag von 5 Proz. Die Beträge dürfen nur zum Bau von Kleinwohnungen verwandt werden. Jede Spekulation mit diesen Kleinwohnungen ist ausgeschlossen.

Das Gesetz über den Volksentscheid wurde einstimmig angenommen. Ein deutschnationaler Antrag verlangte, daß dem Volksbegehren nur stattgegeben werde, wenn 100 000 Staatsbürger es fordern. Es sei zu leicht, daß 5000 Stimmen Unterstützung genügen, wie das Gesetz es vorschlägt. Von unserer Fraktion sprach Schmidt-Sachsen gegen diesen Antrag. Es muß das Volk zum Volksentscheid erzogen werden.

Bei der dritten Lesung des Gesetzes über den Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals zeigte es sich wieder einmal, wie die bürgerlichen Parteien denken. Anträge unserer Fraktion, die von dem Genossen Radbruch begründet wurden, forderten, daß bei geringfügigen Verfehlungen von der Waffe kein Gebrauch gemacht werden darf. Der Waffengebrauch ist nur zulässig, wenn er den Festgenommenen für den Fall eines Fluchtversuchs angekündigt worden ist. Die Anträge wurden abgelehnt. Deshalb stimmte unsere Partei gegen das Gesetz, da es nur eine Reihe von alten militärischen Bestimmungen über den Waffengebrauch enthält, die schon soviel Unheil angerichtet haben. Die Unabhängigen widersprachen der dritten Lesung, weil sie glauben, daß bis morgen noch die eine oder die andere Partei anderen Sinnes wird. Wir haben wenig Hoffnung.

In der dritten Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof sprach unser Genosse Radbruch in seiner kräftigen, sachlichen Art, die stets das Ohr des Hauses hat. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes bleibt es bei dem Kommissionsbeschluss, wonach das Gericht aus amtlichen Richtern und aus gewählten Richtern besteht. Die Deutschnationalen wollten nur amtliche Richter, die Unabhängigen nur gewählte Richter. Beide Anträge wurden abgelehnt. Unsere Fraktion hatte beantragt, daß nicht im Namen des Reiches, sondern im Namen des deutschen Volkes Recht gesprochen würde. Der Antrag fiel, weil mit den übrigen bürgerlichen Parteien auch die Demokraten gegen das Volk stimmten.

Die tiefe Erschütterung, die jeden Menschen ergriffen haben muß, als er das furchtbare Unglück auf Zsche Mont Cenis erfuhr, durchzitterte auch den Reichstag, als im Laufe der Mittwochs-Sitzung die Katastrophe zweimal in die Verhandlung kam. Zunächst erklärte sich die Regierung bereit, die Interpellation der Unabhängigen Anfang der nächsten Woche zu beantworten. Im Laufe der Sitzung ging dann ein Antrag der Unabhängigen ein, eine Kommission aus Mitgliedern des Reichstags mit der Untersuchung zu beauftragen. Auf unserer Seite setzte sich Hue für den Antrag ein. Er fällte kein Urteil über die Entstehungsgründe des Unglücks, aber er verlangte, daß die Bergbaubehörden sich nicht an der Untersuchung beteiligten oder sie vielleicht sogar führen sollten. Die Berater müßten hinzugezogen werden. Die Rede Hues erregte den Unwillen der bürgerlichen Parteien. Immerhin sprach der demokratische Bergfachmann Götze sehr sachlich gegen die sofortige Verabschiedung des Antrages. Erst dem christlichen Bergarbeiterführer Im-

Die Steuerpläne der Reichsregierung.

Berlin, 23. Juni. Im Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrates sprach gestern der Reichskanzler Dr. Wirth über die neuen Steuerpläne der Reichsregierung. Einleitend wies der Reichskanzler auf die großen Schwierigkeiten bei der Vorberater hin, weil sowohl die Länder als auch die Gemeinden, wie einzelne Berufsstände zu weitgehender Mitwirkung herangezogen werden müssen. Die Hauptsache sei die Frage, in wie weit neben der allgemeinen Belastung des Konsums eine weitere Heranziehung des Besitzes möglich sei. Jedenfalls liege aber schon jetzt fest, daß an dem Besitz nicht vorübergegangen werden könnte. Vielleicht läßt sich durch eine Umgestaltung des Reichsnotopfergesetzes eine größere Erfassung des Gesamtbesitzes ermöglichen und dabei auch die schädliche Wirkung des Stichtages mit ausschalten. Zu erwägen sei, ob nicht das Reichsnotopfergesetz in eine fortlaufende Vermögenssteuer umgewandelt werden müsse. Bei der Besteuerung müsse stets berücksichtigt werden, daß das Einkommen schon jetzt sehr hoch belastet sei. Dann schilderte der Reichskanzler die einzelnen Steuerprojekte, wie wir sie gestern mitgeteilt haben, und machte dabei auf Grund der bisherigen Rohentwürfe auch Mitteilung über die Ertrags-schätzungen. Das Körperschaftsteuergesetz soll allein zwei Milliarden Mehrertrag bringen gegenüber der bisherigen Einnahme, die Zuckersteuer einen Mehrertrag von mehr als einer Milliarde, die Tabaksteuer einen Mehrertrag von 900 Millionen. Bei der Umsatzsteuer, wenn sie gleichzeitig auf Ein- und Ausfuhr ausgedehnt wird und etwa 2½ bis 3 Prozent beträgt, wird eine Gesamteinnahme von 12 Milliarden erhofft. Noch nicht gelöst sind die Schwierigkeiten des Besitzsteuerproblems und der Kohlensteuer, weil bei der letzteren die Entwicklung auf dem Weltmarkt eine wesentliche Rolle spielt. Abgesehen von den neuen Besitzsteuern, und von der Kohlensteuer, rechnet der Reichskanzler mit einem Mehrertragsposten aus den bisher genannten Steuerprojekten von rund 20 Milliarden im Jahre.

Der Reichskanzler mag die besten Absichten haben, aber an einen Erfolg können wir nicht glauben. Dem Besitz in anderer Weise beizukommen, wird auch ihm unmöglich sein. Wir werden die Konsumsteuern solange bekämpfen, bis wir sehen, daß den Besitzenden der ganze Zug zu weggesteuert ist. Unsern Widerstand gegen die Zuckersteuer werden wir aber auch dann nicht aufgeben; gerade im Interesse der kinderreichen Proletarierfamilien ist die ungeheure Belastung des Zuckers unverantwortlich. Abg. wozu braucht ein Arbeiterkind Zucker?

Ein Riß in der Reichskoalition?

Die Einheitsfront der Besitzenden.

Die gestrigen Beratungen im Steuerausschuss des Reichstages, bei denen Genosse R. z. l. namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, die Partei sei gegenwärtig nicht in der Lage, in die Beratung des Gesetzes einzutreten, haben die Empörung mehrerer bürgerlicher Morgenblätter erregt. Charakteristischweise findet sich in den Angriffen gegen den Genossen R. z. l. und die „Steuerlabotage der Sozialdemokratie“ das „liberale“, „Berliner Tageblatt“ mit der deutsch-nationalen „Kreuz-Zeitung“ zusammen. Das „Berl. Tagebl.“ geht in seiner Solidarität sogar so weit, daß es der Bemerkung

Helfferichs, was werden sollte, wenn auch die anderen Parteien erklären würden, sie möchten erst den Gesamtplan einer direkten Steuer kennen lernen, freudig zustimmt. Auch die „Kreuz-Zeitung“ lacht den Genossen Reil und die Sozialdemokratie gegen die Regierungspolitik auszuspielen.

Daß die bürgerlichen Parteien in ihrer heiligen Angst vor direkten und Besitzsteuern die schleunige Durchpeitschung der Zuckersteuervorlage einer Heranziehung näherliegender Quellen, wie der Besitzsteuern, vorziehen, nimmt bei der Steuerpolitik dieser Parteien nicht wunder. Demgegenüber ist es Pflicht der Vertreter der Arbeiterschaft, in den Steuerausschüssen die sozialdemokratische Auffassung möglichst deutlich zum Ausdruck zu bringen. Die Arbeiterschaft müßte das Verhalten ihrer Vertreter im Parlament als geradezu unverständlich bezeichnen, wenn diese nicht alles daran setzten, in erster Linie die ergeblichen Quellen des Besitzes zu besteuern und dann erst an die die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung schwer belastenden indirekten Steuern heranzutreten.

Die Gemeinsamkeit in der Reichskoalition enthält für die Sozialdemokratie keinerlei bindende Verpflichtung, nunmehr auf die eigene Politik zu verzichten, ja, nicht einmal ihr Vorschlagsrecht mehr geltend zu machen. Wenn bei dieser Lage der Dinge von bürgerlicher Seite der Versuch gemacht wird, als sei die Stellungnahme der sozialdemokratischen Ausschussvertreter eine Affrontierung Wirths, so ist hierbei der Wunsch des Gedankens Vater.

Danzig unter polnischer Militäraufsicht.

II. Paris, 23. Juni. Der Rat des Völkerbundes hat in seiner gestrigen Vormittags-Sitzung sich weiterhin mit der Angelegenheit des Freistaates Danzig beschäftigt. Nach eingehender Beratung wurde einstimmig ein Beschluss gefasst, der lautet: „Die polnische Regierung ist besonders geeignet, im abgeordneten Falle die Verteidigung des Freistaates Danzig zu sichern und die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gemeinden des Freistaates Danzig durchzuführen. Ein derartiger Auftrag könne Polen erteilt werden.“

Die Schulden Friedrich Leopolds.

Seit der Revolution 20 Millionen durchgebracht!

Zwischen der preussischen Regierung Stegerwald und dem Prinzen Friedrich Leopold ist laut „L. N.“ ein Vergleichsvertrag zustande gekommen, wonach die Regierung sich verpflichtet hat, als Voranschuss auf die Einnahme der von ihr beschlagnahmten Liegenschaften des Prinzen sämtliche Schulden des Prinzen, die dieser in Lugano gemacht hat, zu begleichen. Ausgenommen sind zwei Beträge von je 200 000 Frank, die als erste Hypotheken auf den beiden Willen stehen bleiben, die sich der notleidende Mann aus dem Höhenjollernhaus hat bauen lassen. Der bar zu zahlende Rest beträgt 1 400 000 Schweizer Franken. Mit den beiden obengenannten Beträgen betragen die Gesamtschulden Friedrich Leopolds 1 800 000 Schweizer Franken, das sind nach dem jetzigen Kalendertande nahezu 20 Millionen Mark.

Dieses kleine Schuldenbündelchen ist seit der Revolution angesammelt worden. Ein Zeichen, in welche Notlage die Höhenjollern durch die Revolution verlegt worden sind und mit welcher Parteilichkeit Einfachheit sie ihre Not ertragen. Während nach dem Zeugnis der rechtsstehenden Presse die deutschen Arbeiter prahlen und schlemmen, hat sich Friedrich Leopold durch Hunger und Entbehrungen 20 Millionen Schulden „erspart“. Gut ab vor den Höhenjollern!

Hüh und dem sogenannten nationalen Bergmann Winnefeld blieb es vorbehalten, gehässig gegen Hue vorzugehen, sicher nur, weil die Unabhängigen und nicht sie den Antrag eingebracht haben. Da nach der Reichsverfassung ein solcher Ausschluß schon auf Verlangen von einem Fünftel der Mitglieder des Reichstages eingeleitet werden muß, waren alle Bemühungen der Gegner vergeblich. Der Antrag wurde angenommen.

Berlin, 22. Juni.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation von Grimhorn (Z.) über das

Grubenunglück auf der Zeche Monte Cenis bei Serne.

Auf Anfrage des Präsidenten Lohse erklärt der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Das preussische Handelsministerium, das bereits die Untersuchung eingeleitet hat, wird auch bei der Beantwortung vertreten sein. Wir hoffen, daß die Untersuchung noch in dieser Woche abgeschlossen wird und die Beantwortung der Interpellation Anfang nächster Woche erfolgen kann. Die Regierung benutzt diesen Anlaß aber schon heute, um den hartgeprüften Opfern der Katastrophe ihr herzlichstes Beileid auszusprechen, in der Ausrufung, daß der Reichstag sich dieser Beileidskundgebung anschließt.

Zum gleichen Gegenstand ist eine sozialdemokratische Interpellation eingegangen, sowie ein Antrag der Unabhängigen auf sofortige Einsetzung einer Untersuchungskommission.

Hue (SD.) verlangt, daß bei der Untersuchung auch Bergarbeiter herangezogen werden, damit sie nicht allein den Behörden überlassen bleibt. — Reichsarbeitsminister Dr. Brauns will diesen Wunsch an das preussische Handelsministerium weitergeben.

Die Vorlage betreffs der Reichsversicherungsordnung wird dem sozialpolitischen Ausschuss, das Gesetz über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Dritte Lesung des Mietabgabengesetzes.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Der Gesetzentwurf wird mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Die Gesamtabstimmung wird zurückgestellt.

Gesetz über den Volksentscheid.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzes über den Volksentscheid beantragt Abg. Schmidt-Sachsen (SD.), daß bei den Abstimmungen die Stimmzettel nicht in den Abstimmungsräumen, sondern vor ihnen ausgelegt werden sollen. Der Antrag wird abgelehnt. Abgelehnt wird auch ein Antrag Radbruch (SD.) zu § 20, daß das Prüfungsverfahren stets nach Ablauf von drei Monaten nach der Abstimmung beginnen soll. § 27 verlangt für den Zulassungsantrag des Volksbegehrens 5000 Unterschriften. Brodtauß (DDP.) beantragt, diese Zahl bei Zulassungsanträgen zu Artikel 73 Absatz 2 der Reichsverfassung auf 100 000 festzusetzen. Ein Regierungsvertreter bekämpft den Antrag mit dem Hinweis, daß keineswegs durch die 5000 Stimmberechtigten ein Volksentscheid zustande kommen könnte, sondern nur ein Volksbegehren. Die Abstimmung wird vorläufig ausgesetzt.

Es folgt nun die zurückgestellte namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen wegen der Haltung des Reichstagspräsidenten in der Frage der Ergänzungsprüfung der Sekretäre. Das Mißtrauensvotum wird mit 67 gegen 210 Stimmen bei 45 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Deutschnationalen und die Kommunisten. Die Deutsche Volkspartei enthielt sich der Abstimmung.

Plettner (R.) gibt für seine Fraktion die Erklärung ab, daß sie nur deshalb für das Mißtrauensvotum gestimmt hätten, weil ein einstimmiger Beschluß des Reichstages mißachtet worden sei, nicht aber, um die demagogische Agitation der Deutschnationalen zu unterstützen. (Heiterkeit.)

Darauf folgt die Gesamtabstimmung über die Vorlage zur Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues. Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Sodann wird die Beratung des Gesetzes über den Volksentscheid fortgesetzt und das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenso das Gesetz über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues mit einer Entschliebung, die die Reichsregierung erlaubt, die Entscheidung möglichst im Wege des Vertrages mit den Unternehmungen unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter und Angestellten festzulegen.

Es folgt darauf die zweite Beratung des Gesetzes über den Waffengebrauch des Grenzschutzpersonals. Der Ausschuss legt eine Entschliebung vor, in der die Reichsregierung ersucht wird, den Waffengebrauch des Militärs und der Beamten baldmöglichst zu einer zusammenfassenden gesetzlichen Regelung zu führen.

Radbruch (SD.): Wir haben gegen die Fassung dieses Gesetzentwurfes die allerhöchsten Bedenken. Unser Antrag geht dahin, daß man bei geringfügigkeiten den Waffengebrauch unterläßt und ihn auch nur gestattet bei Ausnahmefällen nach vorheriger Zustimmung gegen den Beamten. Einer Wiederholung des Falles gilt es zu vermeiden vorzugehen.

Die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen, die die Einschränkung des Waffengebrauchs der Grenzbeamten fordern, werden darauf mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt und das Gesetz in der alten Fassung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof.

Zu § 1 begründet Radbruch (SD.) einen Antrag. Wir wollen vor allem auch die Kriegsschuldigen vor das Forum des Staatsgerichtshofes zwingen, um die politische Atmosphäre von diesen Dingen zu reinigen. Dem Staatsgerichtshof soll jeder Beamte zur Beurteilung übergeben werden können, der in geschäftlicher Weise sich gegen die Interessen des Staates verhält. Die Verurteilung hat keine strafrechtlichen Folgen für den Verurteilten des Amtes. Schließlich wollen wir, daß die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes nicht im Namen des Deutschen Reiches, sondern des deutschen Volkes gilt. Wir haben von der Rechten gelernt, welche Bedeutung auch den Scheinbar äußerlichen politischen Formen zukommt.

Sodann wird der Gesetzentwurf über eine ordnungsgemäße Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit der Beamten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Es wird noch ein Antrag der Unabhängigen auf die Tagesordnung gesetzt, der die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses aus Mitgliedern des Reichstages zur Aufklärung des

Unglück auf der Zeche „Monte Cenis“

Hue (SD.): Wir halten die Einsetzung eines Ausschusses für unbedingt notwendig, der eine sorgfältige Prüfung der nach völlig angelegten Verhältnissen vornehmen soll. Es ist unzulässig, wenn man Vertreter der Bergbehörden, die für die Zustände in den Gruben verantwortlich sind, zu einer Untersuchung hinzuzieht. Die Vertreter der Betriebsräte müssen hinzugezogen werden. Damit hätten wir den Bergarbeitern die Gewißheit, daß vom Reichstag alles getan wird, um eine Klärung der Dinge herbeizuführen.

Die verantwortlichen Vertreter der Bergbaubehörden haben überhaupt kein Recht, an den Untersuchungen teilzunehmen. Sie sind zunächst die Schuldigen (schärfster Widerpruch rechts) und müssen sich erst von der Auflage reinigen. Vor allen Dingen haben die Betriebsräte an der Untersuchung teilzunehmen, aber

ihre Stellung bei den Zechen ist meistens so, daß sie überhaupt keinen Einfluß gegenüber den Bergbaubehörden geltend machen können. Genau so, wie es in dem alten Regime war. Die Vertreter der Bergbaubehörden müssen suspendiert werden, bis der ganze Sachverhalt geklärt ist. Die bisherigen Berichte der preussischen Regierung über frühere Unglücksfälle waren meistens irreführend. Man bekam erst die wahren Ursachen zu hören, als man es nicht mehr verstanden konnte.

Dr. Breitscheid (USP.): Es muß auf alle Einzelheiten des Unglücks eingegangen werden.

Imbusch (Z.): Wir müssen einen ständigen Untersuchungsausschuss, der aus Fachleuten besteht, für derartige Angelegenheiten einsetzen. Ferner sollten wir in den Bergbaubehörden ständige Kommissionen haben, die sofort am Unglücksort Untersuchungen anstellen können. Wenn die Betriebsräte, wie der Abgeordnete Hue meint, bisher schlecht behandelt worden sind, so sind sie meistens selbst schuld daran (Unruhe links.) Von den Bergbauverhältnissen hat Herr Hue keine Ahnung. (Zustimmung rechts; Unruhe links.)

Bürgerlicher Bauer spricht den Angehörigen der Opfer im Namen der Reichsregierung das tiefste Mitgefühl aus. Die Regierung hat festzustellen, ob die Sicherheitsverhältnisse im Bergbau wirklich ausreichend gesichert sind oder ob neue Maßnahmen notwendig sind. Die Reichsregierung wird in Verbindung mit der preussischen Regierung über die Heranziehung von Arbeitervertretern bei der Prüfung der Frage beraten. Bei der Kürze der Zeit war es der Reichsregierung noch nicht möglich, zu dem Antrage Agnes Stellung zu nehmen. (Zuruf links: Das ist auch Sache des Reichstages!) Ich möchte aber bei der Erledigung dieser Frage nicht ganz ausgeschaltet werden. Ich schlage Ihnen Schluß der Debatte vor, damit die Regierung inzwischen Stellung nehmen kann.

Während der Rede des Abg. Braß (R.) läuft ein Verlagsantrag der bürgerlichen Parteien ein, über den sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspinnt.

Präsident Lohse: Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist inzwischen von drei Fraktionen mit zusammen 193 Mitgliedern eingebracht worden. Damit erachte ich die Voraussetzung für angenommen, daß ein Fünftel des Hauses dem Antrage zugestimmt hat, und glaube, daß eine Debatte nicht mehr nötig ist. Die Einsetzung des Ausschusses ist also beschlossen.

Hue (SD., persönlich): Eine meiner Redewendungen soll den Eindruck hervorgebracht haben, als ob ich die Bergbaubehörde ohne weiteres als schuldig hingestellt hätte. Ich habe die Behörde aber nur als Angeklagte, nicht als Schuldige hingestellt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 2 Uhr. — Lohnsteuer, kleine Vorlagen, Nachtragsetat. — Schluß 5 Uhr.

Die englische Arbeiterpartei.

Gegen Versailles und gegen Moskau.

Brighton, 21. Juni. Bei der Eröffnung der 21. Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, an der etwa 1000 Delegierte teilnahmen, die 425 700 Parteimitglieder vertreten, hielt der Vorsitzende Cameron eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Politik Lloyd Georges richtete. Er fragte, welche Berechtigung Lloyd George und seine Freunde zu der Annahme hätten, daß nur sie und nur sie allein in der Lage seien, das Land zu regieren. Die Politik der Koalitionsregierung bedeute, nach ihren Ergebnissen zu urteilen, Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im Handel stehe es schlechter als je. Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei auf die Lasten zurückzuführen, die die britische Regierung gemeinsam mit der französischen, italienischen und belgischen versucht habe, einen militärischen Frieden abzuschließen und daß die Regierungen sich verschworen hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der möglichst wirksam die Mittelmächte dauernd zu Krämpfen mache. Die große Mehrheit der Arbeiter beginne zu verstehen, wie schlecht, wie wahnsinnig die Politik der alliierten Regierungen, die in den Reparationsbedingungen zum Ausdruck kommen, sei. Diese Bedingungen seien Deutschland auferlegt worden mit verhängnisvollen Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und aller Länder der Welt. Die Erwerbslosigkeit in der Schiffbauindustrie könne in der Hauptsache den Reparationsbestimmungen zugeschrieben werden. Das Ergebnis davon sei, daß heute in den britischen Häfen über eine Million Tonnen Schiffsraum still liege und 10 000 britische Werftarbeiter erwerbslos auf der Straße gelte. Die Schiffbauer fingen an, zuzugeben, daß die besagte Politik verfehlt war und wünschten, daß die Regierung keine Schiffe mehr von Deutschland annehme und wenn möglich, Deutschland einige der ihm genommenen Schiffe zurückstättet, weil die Wirkungen der Reparationsbestimmungen die englische Schiffbauindustrie zerstören.

Keine Stimme für Moskau!

Der Kongress fand keine Gelegenheit, sich für eine Teilnahme an der Dritten Internationale auszusprechen, da die entsprechende Resolution von zwei Sektionen bereits vor der Abstimmung zurückgezogen wurde. Es wurde eine Resolution Morfio ohne Erweiterung angenommen, die das Exekutivkomitee der Labour Party beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Zweite Internationale zu unterstützen und alle Sozialisten und Arbeiterorganisationen der ganzen Welt zu einer Konferenz einzuladen, um eine neue Internationale zu errichten.

Die französischen Gewerkschaften für deutsche Beteiligung am Wiederaufbau.

Paris, 21. Juni. Der seinerzeit auf Veranlassung des Allgemeinen Arbeitsbundes (C. G. T.) eingesezte Ausschuss hat in diesen Tagen erneut eine Sitzung abgehalten, in der er wiederum für die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau eingetreten ist. Wieder hat der Ausschuss verlangt, daß deutschen Arbeitern der Wiederaufbau eines Abschnittes übertragen werde. Von der Regierung verlangt der Ausschuss in einer Entschliebung, daß das Wiederaufbauproblem von den Geschädigten selbst gelöst werde und daß er deshalb den zuständigen Ministerien ein Wiederaufbauprogramm als Modell für die Art, wie aufgebaut werden müsse, überweisen wird. Am 10. Juli sollen in der ehemaligen Kampfgemeinde, also in allen nördlichen und östlichen Departements, öffentliche Versammlungen abgehalten werden, um der geschädigten Bevölkerung Gelegenheit zu geben, öffentlich ihre Ansicht über die Wiederaufbaufrage zum Ausdruck zu bringen.

Die Entlassung der Jahresklasse 1919.

U. Paris, 21. Juni. Eine französische Nachrichtenstelle meldet: Im heutigen Ministerrat wurde die Entlassung der Jahresklasse 1919 beschlossen, die am 25. Juni beginnen wird. Der Kriegsminister gab dem Ministerrat einen offiziellen Bericht des Oberkommandos über die Lage der Rheinarmee bekannt. Es geht daraus hervor, daß die Jahresklasse 1921 jetzt genügend vorbereitet ist, um jeder Operation mit Ruhe und Sicherheit entgegenzutreten zu können. Der Ministerrat hat auf Grund dieses Berichtes den Kriegsminister ermächtigt, dem Befehl zu erteilen, die Entlassung der Jahresklasse 1919, den 25. Juni an zu veranlassen. — Brand berichtete im Ministerrat über die äußere Lage und über seine Besprechungen mit Lord Curzon.

Deutschlands Schuld an Belgien.

Der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen und Volschafter in Paris bei Kriegsausbruch, Freiherr v. Schoen, hat soeben bei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, ein Buch, „Erlebtes“, erscheinen lassen, in dem sich folgende Sätze über den Einmarsch in Belgien finden:

Die Vergewaltigung Belgiens war nicht nur ein strategischer und politischer Fehler, sondern auch, wie von berufener Stelle von vornherein eingeräumt werden mußte, ein Bruch des Völkerechts. Sie war es, ungeachtet der Berufung auf die Not, ungeachtet des nachträglich entdeckten Beweises, daß Belgien sich im Hinblick auf einen deutschen Einmarsch mit den Entente-mächten eingelassen hatte. Sie war ein schwerer Verstoß wider Recht und Ehre, der uns die Achtung der Welt zugezogen und unseren Gegnern Waffen geliefert hat, mit denen sie uns nicht minder wirksam bekämpft haben wie mit den blutigen. Die Härten der Kriegführung und der Beisehung haben ein übriges getan, um den Haß unserer Feinde in wildem Feuer aufzublenden zu lassen. Erfolgreiches Hineintragen der Schrecken des Krieges in Feindesland mag einer berechtigten militärischen Lage entsprechen, aber das Niederbrechen eines schwachen, durch heilige Verträge geschützten Landes ist ein Frevel, gegen den sich das Weltgewissen fühnend erhebt. An der erdrückenden Bürde dieser Sühne wird Deutschland durch Menschenalter hindurch zu tragen und zu leiden haben.

So ein ehemals kaiserlicher Beamter, der im übrigen das Bestreben zeigt, das alte Regime fast in allen Punkten in Schutz zu nehmen. Hier zeigt sich, daß man kein Verbrechen an einem fremden Volk begehen kann, ohne sich an der ganzen Menschheit und damit auch an eigenen Bolke zu vergehen.

Das Verbrechen an Belgien war auch ein Verbrechen an Deutschland.

Der schlimmste Schurkenstreich.

Die „Rote Fahne“ über den Gewerkschaftshaus-Krawall.

Gestern haben Arbeitslose, unter die sich allerhand Verbrechens- und Großstadtdeliquenten eingeschlichen hatte, einen Sturm auf das Gewerkschaftshaus unternommen, das Eigentum der organisierten Arbeiterschaft schwer beschädigt, die angestellten Vertrauensmänner an Leib und Leben bedroht, einen von ihnen, den alten Sabath, den Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission, den die bürgerliche Presse fälschlich als Mehrheitssozialisten bezeichnet — er ist Unabhängiger — durch Hiebe auf den Kopf so übel zugerichtet, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Gibt es einen organisierten Arbeiter, überhaupt einen anständigen Menschen, der sich nicht mit Scham und Abscheu von solchen Szenen abwenden? Kann man begreifen, daß ein Blatt, das ein „Arbeiterblatt“ sein will, statt von solchen Schändlichkeiten abzumahnern, zu neuen Ausschreitungen solcher Art aufreizt?

Die „Rote Fahne“ bringt auch das fertig. Mit frecher Stirne läßt sie:

Ein Stoßtrupp von Gewerkschaftsangeestellten hatte den traurigen Mut, Gummiknüppel, Eisenstangen und Schutzmasken gegen unbewaffnete Arbeitslose zu gebrauchen und den Anlaß zu liefern, daß zwei Hunderttausend Sipo eintreten konnten. Das Gewerkschaftshaus unter dem Schutz der Sipo! Ein Alarmzeichen für die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft! ...

Vor uns auf dem Tisch liegt die Eisenstange, die Sabath geschwungen hatte, liegen Gummiknüppel, liegt ein Gummischlauch, mit denen sich die Gewerkschaftsbureautanten ausgerüstet hatten; ein Beweis dafür, daß sie sich bewußt für Prügelfreuden gegen die Demonstranten gewappnet haben, daß sie nicht mit Worten zu den Arbeitslosen sprechen wollten, sondern mit Gummiknüppeln.

Die Verantwortung dafür, daß die Prügeljungen von den bis aufs Blut gereizten hungernden Arbeitslosen nicht unbeantwortet blieben — Sabath wurde von mehreren Schlägen getroffen, so daß er blutete — fällt auf die Gewerkschaftsbeamten zurück, die es bewußt auf die Provokation ankommen ließen, die Gummiknüppel und Sipo parat hielten, weil sie wußten, wie es auf die Arbeitslosen wirken mußte, wenn sie sich zu ihnen zu sprechen weigerten.

Bekanntlich war Gen. Knoch schon einige Tage zuvor gemächlich aus seinem Bureau herausgeschleppt und mit Rufen wie „Schmeiß das Nas ins Wasser!“ am Leben bedroht worden. Wehlich war es auch damals schon Sabath ergangen. Für Montag waren neue Kundgebungen dieser Art angekündigt. So wäre es nur allzu begreiflich gewesen, wenn die Gewerkschaftsangeestellten Maßnahmen zu ihrem Schutze ergriffen hätten. Sie haben es aber — wir sagen leider! — nicht getan, sondern sich völlig schutzlos der neuen Bedrohung ausgesetzt. Daß Sabath, den ein paar Bestien auf seinen schneeweißen Kopf schlugen, eine Eisenstange geschwungen hat — er wäre zu seiner Verteidigung dazu berechtigt gewesen —, ist eine freche Lüge. War es der „Rote Fahne“ um die Wahrheit zu tun, so brauchte sie nur die kommunistischen Gewerkschaftsangeestellten zu fragen, sie hätten die Darstellung bestätigt, die vom „Vorwärts“ und der „Freiheit“ gegeben worden sind.

Aus dem Asyl für Obdachlose waren die Insassen herangezogen worden, um die „junge Garde“ zu verstärken. Da nachträglich eine Visitation der Felder durch die Schutzpolizei zu gewärtigen war, entledigten sich die Anführer der „unbewaffneten“ Demonstranten ihrer mitgebrachten Mordinstrumente, so daß neben Gummiknüppeln auch zwei Cierhandgranaten zum Vorschein kamen.

Aber die Kommunisten wollen nicht die Wahrheit, sondern sie wollen den Bürgerkrieg, den Bruderkrieg zwischen den Arbeitern, und auch in diesem Krieg gilt die Lüge als berechtigtes Kampfmittel. Wie der deutsche Militarismus seinen Angriff auf Belgien und Frankreich mit den dümmsten Lügen rechtfertigte, so ist auch ihnen jeder plumpe Schwindel recht, um die Angegriffenen als die Angreifer hinzustellen und die Gewalttaten, zu denen sie aufreizen, zu rechtfertigen.

Die Szenen, die sich gestern am Engelufer abspielten und ihre Behandlung durch ein angeblühes „Arbeiterblatt“ sind die aller schlimmste Beschmutzung, die die deutsche Arbeiterbewegung jemals erlitten hat. Es kann keine geistige und sittliche Gemeinschaft geben zwischen dem klassenbewußten Proletariat und den Knüppelgardien der „Roten Fahne“.

Hölz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Der Prozeß Hölz neigt sich seinem Ende zu. Heute beantragte die Verteidigung, noch Kriminalkommissar Kopp als Sachverständigen zu hören. In der Voruntersuchung sei gegen alle Regeln der Kriminalpsychologie verfahren worden, indem die Witwe des erschossenen Gutsbesizers Heß sofort Hölz gegenübergestellt wurde. Infolge der Ablehnung dieses Antrages verlor Hölz den letzten Rest seiner ohnedies nur noch geringen Selbstbeherrschung und führte eine Lärmzene auf, die an Erregtheit alle früheren übertraf. Als bei der dann angeordneten Paule der Angeklagte durch Schupoleute abgeführt wurde, stürzten seine drei Verteidiger aufgeregt hinterher, um ihn als Sicherheitswache zu begleiten. Zur Kontrolle schloß auch der Staatsanwalt sich dem Zuge an.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung stellte Justizrat Dr. Broß den Antrag, zur Verwertung der Zeugenaussagen über den angeblichen Mord an Heß den Kriminalpsychologen Kriminalinspektor Dr. Kopp als Sachverständigen zu laden, ferner zur Beurteilung der Schwundwunden des Heß Professor Dr. Hildebrandt und Dr. Arthur Schlegelinger. Das Gericht befreit sich die Befreiung vor. Dann wurde in der Beweisaufnahme fortgesetzt und als erster Zeuge der Wachtmeister der Schutzpolizei Bruno Erleben vernommen, der ebenfalls zu dem am 20. Oktober bei Eisleben gefangenen Schupobeamten gehörte. Der Zeuge gibt ungefähr die gleiche Darstellung über seine Gefangenennahme wie der am letzten Verhandlungstage vernommene Wachtmeister Franke. Der Zeuge erhielt von Hölz den Befehl, mit einem Kad als Parlamentär zur Sipo nach Eisleben zu fahren und dort mit den Beamten, nicht aber mit den Offizieren zu verhandeln. Erleben fuhr in der Tat nach Eisleben, wurde aber von einer Menschenmenge zu Boden geschlagen und mißhandelt, so daß er erst nach längerem Schwärzen mit Hilfe von Kriminalbeamten seine Hundertschaft erreichen konnte. — Hölz: Die Aussage dieses Zeugen ist außerordentlich objektiv und sachlich, ich habe nichts daran auszusetzen. — Justizrat Dr. Broß: Haben Sie gesehen, daß Hölz einen Rotgardisten niedergeschossen hat, weil er aus Reich und Glied getreten ist? — Zeuge: Ja, habe nur davon gehört. Ausbrüche wie: „Schmeiß die Doh über den Haufen“ oder „Schmeiß die Dir mit der Handgranate über die Schnauze“, waren ja überhaupt an der Tagesordnung.

Der nächste Zeuge Wachtmeister Wille gehörte ebenfalls zu den Gefangenen und wurde von Hölz

von der Feuerlinie aus als Parlamentär

zu seiner Hundertschaft geschickt mit einem Zettel: „Ich versichere hiermit, daß die Sipo unbehellig abziehen kann, wenn sie die Waffen niederlegt. Max Hölz.“ Hölz habe, als der Zeuge seinen Antrag, ausdrücklich den Befehl gegeben, nicht hinter ihm herzuschleichen.

Das Gericht zieht sich darauf zur Beschlussfassung der Anträge der Verteidigung zurück. Als der Gerichtshof den Sitzungssaal wieder betritt und der Vorsitzende den Beschluß verkünden will, kommt es zu einer außerordentlich erregten Szene. Vor: Das Gericht lehnt den Antrag auf Vernehmung des Kriminalinspektors Dr. Kopp über die Bewertung der Zeugenaussagen der Frau Gutsbesitzer Heß ab, weil — Hölz (unterbrechend): Weil sonst der Schwundel aufgedeckt wird. — Vor: (stark erregt): Ich verbitte mir diese Äußerungen. — Hölz: Natürlich. — Vor: (fortfahrend): Es lehnt den Antrag ab, weil es lediglich Sache des Gerichts ist, eine Zeugenaussage zu bewerten. Als Hölz weiter abfällige Bemerkungen dazwischenwirft, ruft der Vorsitzende in großer Entrüstung: Wenn Sie noch weiter unverschämter sind, lasse ich Sie fesseln. — Hölz (höhnisch, die Hände vorstreckend): Tun Sie es doch. Wo sind denn die Fesseln? — Vor: (in höchster Erregung): Sie sind ein ganz unverschämter Lämmer. — Hölz (laut lächelnd): Und Sie ein Bluträcher, Sie sind die Mordbrenner.

Vor: (in der Begründung des Beschlusses fortfahrend): Dagegen hat das Gericht beschlossen, den Professor Dr. Hildebrandt und nochmals den Büchsenmacher Bod als Sachverständigen zu hören. Deshalb vertage ich die Verhandlung auf eine Stunde. — Justizrat Dr. Broß: Dr. Kopp sollte befinden, daß tatsächlich eine Reihe von Vorschriften bei der Ermittlung des Mörders von Heß verletzt worden sind. — Vor: Es bleibt dabei. Wir wollen also Professor Hildebrandt, Dr. Schlegelinger und den Büchsenmacher Bod laden. — Hölz (wieder unterbrechend): Und gleich auch den Sachverständigen. — Justizrat Fränkel: Ich stelle also fest, daß über den Antrag des Justizrats Broß nicht entschieden worden ist. — Justizrat Broß: Ich beantrage deshalb einen Gerichtsbeschluss. — Hölz: Der Schwundel darf ja, wie gesagt, nicht aufgedeckt werden. Hinter der ganzen Sache verbirgt sich Ihre feige Hand. — Staatsanwalt Dr. Jäger: Den Antrag der Verteidiger bezüglich des Dr. Kopp bitte ich abzulehnen. Der Kriminalinspektor ist ein Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft und der Staatsanwalt ist deshalb sein Vorgesetzter. Die Vernehmung würde also darauf hinauslaufen, daß ein Untergebener über die Tätigkeit des Vorgesetzten berichten soll. — Justizrat Fränkel: Mit dem Vorgesetztenverhältnis hat der Antrag gar nichts zu tun. Es soll nur ein erfahrener Kriminalist darüber gehört werden, daß bei den Ermittlungen nach dem Mörder eine Reihe von Dingen unterlassen worden sind. Als das Gericht sich nun nochmals zurückziehen will, schreit Hölz in den Saal: „Es lebe das revolutionäre Proletariat!“ Vor: (wieder in höchster Erregung): Ich verbitte mir diese Unverschämtheiten, führen Sie den Angeklagten ab.

Es kommt nun zu einer sehr turbulenten Szene. Als Hölz, der Mine macht, noch weiter zu reden, von mehreren Sipo-Beamten gepackt wird, um ihn am Weiterreden zu hindern und abzuführen, ruft Justizrat Fränkel: „Ich stelle fest, daß das Verhalten des Angeklagten lediglich die Folge des Auftretens des Staatsanwalts ist.“ Dann stürzen alle drei Verteidiger, die anscheinend befürchten, daß dem Angeklagten unterwegs irgendein Unfall zustoßen, in großer Erregung in die Anklagebank, hinter den abgeführten Hölz hinterher. Die Sitzung wird darauf auf eine Stunde unterbrochen, um die beiden medizinischen Sachverständigen und den Büchsenmacher Bod in der Zwischenzeit zur Stelle zu schaffen.

Um 12 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende gibt folgende Erklärung ab: „Ich mache den Angeklagten im Anschluß an die Szene, die sich vorhin hier abgespielt hat, darauf aufmerksam, daß das Gericht der Frage nähergetreten ist, ihn, wenn er weiter so die Würde des Gerichts verletzt, endgültig abzuhängen und ihn auch nicht mehr zum letzten Wort kommen zu lassen.“

Hölz: Ich habe von vornherein am ersten Verhandlungstag erklärt, daß ich das Gericht nicht anerkenne und daß ich hier nicht als Angeklagter, sondern als Kläger gegenüber der Gesellschaft mich fühle. Wenn das Gericht mit dem Schlusswort verbietet und mich abführen läßt, handelt es eben nach dem Grundgesetz: Macht geht vor Recht.

Dann wird der Sachverständige Gewehrfabrikant Barel vernommen. Dieser glaubt es nicht veranlassen zu können, festzustellen, ob Heß durch Gewehr- oder Revolverkugeln getötet worden sei. Dr. Arthur Schlegelinger erklärt ebenfalls, aus dem Bericht keinen Schluss ziehen zu können, ob außer Gewehrkugeln auch Wundschüsse auf Heß abgefeuert worden sind.

Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen und Staatsanwalt Dr. Jäger ergriff das Wort zu seinem

Plädoyer.

in dem er unter anderem ausführte: Der Angeklagte gibt zu, daß es sein Ziel war, die Diktatur des Proletariats aufzurichten. Er gibt zu, der militärische Leiter gewesen zu sein. Es ist klar erwiesen, daß die Waffen in der Hand der Arbeiter schaff waren. Als die Verhältnisse kritischer wurden, erschien der Angeklagte auf der Bildfläche, und nun nahm die Bewegung eine andere Wahn, indem er sie militärisch organisierte. Der Staatsanwalt schließt dann, wie der Angeklagte die Arbeiter durch Drohungen zur Arbeitseinstellung auf den Schächten zwang, und wie er sie in die rote Armee einreichte. Hölz, so fährt er fort, hielt dann in der weiteren Entwicklung des Aufstandes heftige Reden, in denen er aufforderte zu plündern und gegen die Sipo vorzugehen. Hölz bestritt dies. Es ist aber erwiesen, daß in Eisleben und Mansfeld diese Leute die Parole befolgten. Davon, daß seine Aufrufe nur eine Drohung sein sollten, kann keine Rede sein. Der Staatsanwalt kommt dann auf die Straftaten von Hölz zu sprechen, die den Hochverrat betreffen. Hölz greift, um die Bourgeoisie gefügig zu machen, bald zu schweren bald zu leichteren Mitteln. Sein einfachstes Mittel waren Mißhandlungen. Dann kommen die Fälle von Todesdrohungen gegenüber den Gefangenen. Hölz ist der moralische Mörder des Pastors Müller und des Matrosen Kühn.

Der Staatsanwalt erörtert die einzelnen Fälle der Erpressungen und sucht zu beweisen, daß auch hier das Vorgehen des Angeklagten teilweise sinnlos war. Er sei außerdem veranwortlich für die Mißhandlungen der roten Armee. Das Strafmaß könne bei einem Hochverrat, der mit so gewalttätigen Mitteln begangen wurde, nicht zweifelhaft sein. Es gibt hier nur eine Strafe: Hölz müsse als Gemeingefährdung zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Eheverlust verurteilt werden.

Hierauf wandte sich der Staatsanwalt den Anklagefällen des verurteilten Mordes zu. Die Nerven von Hölz, so führte er aus, haben im Kriege gelitten, und nach den ärztlichen Gutachten ist er nicht vollkräftig. Deshalb bin ich der Ansicht, daß sich der Fall Hölzbrandt nicht als verurteilter Mord, sondern nur als verurteilte Tötung charakterisiert. Bei der Beurteilung des Falles Heß ist dagegen mit aller Entschiedenheit die Frage nach Mord zu bejahen. Es liegt heimtückischer Mordmord vor.

Deshalb beantrage ich insgesamt gegen den Angeklagten wegen verurteilter Tötung und wegen Mordes in Tateinheit mit Hochverrat die Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Nach dem Staatsanwalt sprach der erste Verteidiger Rechtsanwalt Hegewisch. Er geht in langen Ausführungen auf die Vorgeschichte des Auftrags ein und gibt zu, daß Hölz sich schwer gegen die Straßengesetze vergangen hat. Er erklärt aber, das sei alles aus revolutionärem Drang geschehen. Für Hochverrat läme Zuchthaus nicht in Frage, da Hölz nicht in ehelicher Gefinnung gehandelt habe, und für die Mordanklage sei das Material zu dürftig.

Justizrat Broß erging sich in langen politischen Ausführungen und trieb die Verherrlichung des Hölz soweit, daß er ihn einem Gök von Berlin und einem Cromwell an die Seite stellte. Sein Idealismus sei größer als der der Rosa Luxemburg und Liebknecht, als der Lenin und Trotski. Wenn Hölz verurteilt würde, so sei dies ein Justizmord.

Justizrat Franckel schilderte Hölz als einen wahrheitsliebenden Fanatiker.

Hölz ergriff dann selbst das Schlußwort. Das Gericht betrachte er als eine Holzpuppe ohne Gefühl. Die Anklage des Staatsanwalts sei eine Leichenrede für die bürgerlichen Kreise gewesen. Seine drei Verteidiger seien ihm zwar pflichtig überlegen, aber in revolutionärer Hinsicht stecke er sie alle in die Tasche.

Das Urteil.

Der Angeklagte Max Hölz wird wegen Hochverrats in Tateinheit mit Totschlag, verurteilten Totschlags, Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz sowie zahlreicher übriger Straftaten zu lebenslänglichem Zuchthausstrafe sowie dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Ferner werden ihm die Kosten des Gerichtsverfahrens auferlegt.

Zu der Urteilsbegründung heißt es, daß das Gericht hinsichtlich der auf Mord lautenden Hauptfrage zu der Überzeugung gekommen sei, daß Hölz den Gutsbesitzer Heß vorsätzlich und gemeinshaftlich mit anderen noch nicht ermittelten Tätern getötet habe. Das sei durch die verschiedenen Aussagen bewiesen. Dagegen habe das Gericht nach reiflicher Überlegung die Frage, ob der Angeklagte mit Überzeugung gehandelt habe, verneinen müssen. Hinsichtlich der Überlegung beständen so viele Zweifel, daß diese Frage zugunsten des Angeklagten hätte beantwortet werden müssen.

Vorsitzender: Ich schliesse hiermit die Sitzung.

Hölz (laut schreiend): Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache! Sie sind die Zuhälter der Justiz!

Vorsitzender: Der Angeklagte ist abzuführen.

Hölz: Ihr könnt das Wort verbieten! Ihr tötet nicht den Geist!

Es kam dann zu einer sehr erregten Szene zwischen dem Gefangenewart und dem Verteidiger, Justizrat Franckel. Letzterer behauptete, der Wärter habe den Angeklagten, um ihn am Weiterreden zu verhindern, geschlagen. Die weiteren Auseinandersetzungen werden dadurch beendet, daß eine Anzahl von Schutzpolizeibeamten Hölz, der anscheinend noch weiter reden wollte, in die Mitte nahmen und ihn durch die Tür aus der Anklagebank hinausbrachten.

Schon wieder ein politischer Mord?

Aus Berlin wird uns berichtet:

Vor einigen Tagen wurde der Oberwachmeister Buchholz von der Schutzpolizei in Charlottenburg, und zwar von der Hundertschaft zur besonderen Verwendung, erschossen aufgefunden. Amlich wurde Selbstmord gemeldet. Wie dem „Vorwärts“ jetzt auf das bestimmteste versichert wird, hat die auf Drängen der Angehörigen vorgenommene Leichenschauung nicht Selbstmord, sondern Tötung durch fremde Hand ergeben. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß Buchholz aus Gründen getötet worden ist, die auf das öffentliche Gebiet hinüberspielen. Es liegen auch noch andere Anzeichen vor, wonach er keineswegs an einen Selbstmord gedacht hat. Buchholz war wegen angeblicher Unterschlagungen verhaftet, dann aber wegen Mangels an Beweisen auf freien Fuß gesetzt worden. In den Stunden vor seinem Tode arbeitete er noch intensiv an der Rechnungslegung, um wirklich Schuldige zu entlarven. Man sagt, daß diese frühere Hundertschaft des Herrn v. Kessel mehr Geheimnisse in sich birgt als mancher ahnt.

Im November 1920 wurden bei dieser Hundertschaft, die die Bezeichnung S. B. W. 1 führt, nachgehogene Waffen entdeckt. Als der Kommandant der Schutzpolizei Major Kautsch, sich ver-

pflichtig von dem Sachverhalt überzeugen wollte, wurde ihm in der Kaserne ein Empfang zuteil, der alle Pflichten gegen den Vorbesitzer außer acht ließ. Es sollte damals der Führer der S. B. W. 1, Oberleutnant, jetzt Hauptmann Stennes, verhaftet werden. Dagegen lehnte sich die Hundertschaft in einer Weise auf, die Minister Genering als an Mentezerei grenzend bezeichnete, und sie setzte tatsächlich ihren Willen durch. Stennes ist heute noch Führer der Hundertschaft. Es wird übrigens behauptet, daß der getötete Oberwachmeister Buchholz Herr Stennes bereits bei Übernahme der Kasse ein vorhandenes Defizit von 20 000 Mark gemeldet hat. Der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit kann man mit um so größerem Interesse entgegensehen, als die verschiedenen Formationen des Herrn von Kessel bekanntlich wiederholt mit den politischen Morden in der Revolutionszeit und auch mit der Verleumdungskampagne gegen Scheidemann in Verbindung gebracht worden sind.

Volkswirtschaft.

Russische Bergwerke.

Auf dem vor kurzem abgehaltenen zweiten Kongreß der Bergarbeiter Sowjet-Rußlands wurde die „Veststellung“ gemacht, daß die russische Montanindustrie einer Katastrophe zutriebe, die den ganzen russischen Bergbau zu verfallenen drohe. Die Arbeiterchaft müsse jeden Augenblick gewärtig sein, durch Schädliche und Verschüttungen, die bald zu den täglichen Vorkommnissen gehörten, in die Tiefen geschleudert und begraben zu werden. Die Grubeneinrichtungen, das Material und das gesamte Inventar, welches über und unter der Erde nun schon seit Jahren seiner Instandhaltung entgegensteht, ist in einer Verfallung, daß nur noch bedeutende Kapitalaufwände durch totale Umgestaltung der Werke, d. h. Ausrüstung des „alten Eisens“ und Neuanschaffung moderner Maschinen, Werkzeuge und sonstiger Fachgerätschaften eine Neu belebung dieses sterbenden Wirtschaftszweiges erreichen könnten. Es sind daher „Beschlüsse“ gefaßt worden, die einseitige Heranziehung von „Großkapitalien“ gut zu heißen und Auslandsbestellungen von annähernd 30 Millionen Goldrubel vorsehen, wobei den Vorkriegslieferanten: Deutschland, England und Amerika Aufträge zugehen sollen. Allerdings müsse, in Anbetracht des sich allmählich erschöpfenden Goldvorrats, nach Behebung der einheimischen Produktion selbstverständlich auch mit Zahlungen und Gegenleistungen aus den Erträgen der wieder zu belebenden Industrie- und Grubenzentren gerechnet werden. Weider, das mußte der 2. Bergarbeiterkongreß konstatieren, treten einem bei diesen Betrachtungen ganz ungeheure Ziffern des Produktionsrückganges entgegen. So ergab das der Sitzung unterbreitete Zahlenmaterial erschreckende Differenzen u. a. auch für die Montanindustrie der zaristischen Zeit und der gegenwärtigen kommunistischen Periode: Im Jahre 1913 wurden in Rußland 851 Millionen Pud Erze gefördert, im Jahre 1920 — 8 Millionen Pud Kupfer, 1913 — 69 Millionen Pud, im Jahre 1920 aber 0,21 Millionen Pud gemounten, Manganerze 16 Millionen Pud bzw. 0,21 Millionen Pud usw.!

Diese unabweisbaren Tatsachen der „Nachkriegsproduktionsverminderung“ hat die Volksräte veranlaßt, dem kapitalistischen Ausland „Konzessionen“ einzuräumen, die der Sowjetregierung die Möglichkeit geben sollen, nun wieder Mittel und Wege zu finden, um die im russischen Schoße ruhenden Schätze einer neuen „goldenen Zukunft“ entgegenzuführen.

Internationale Handelsforten.

Im englischen Abgeordnetenhause steigt eine Rede nach der anderen, die ernste Besorgnis wegen der Wirkungen der deutschen Reparationsleistungen auf Grund des Ultimatums äußert. Deutschland soll liefern, aber diese Lieferungen sollen den Markt der Ententestaaten nicht belasten. Letzthin hat die Kammer die Folgen deutscher Lieferungen zu billigen Preisen an die Hand gemacht und sie ist zu dem Schluß gekommen, daß Deutschland nur solche Artikel liefern dürfe, die auf dem Weltmarkt von der Entente nur zum Teil feilgeboten werden können, also Kohlen, Zucker, Kaff usw. Aber die Ausfuhr dieser Produkte allein kann wiederum die Forderungen der Entente nicht befriedigen. Was für ein Weg, aber mach ihn nicht nach.

England selbst steht bis über die Ohren in Außenhandelsforten. Und erst Amerika! Der amerikanische Export nimmt fortgesetzt ab. Im Mai 1920 betrug der amerikanische Export noch 745 500 000 Dollar, Januar 1921 noch 654 700 000 Dollar und Mai 1921 nur noch 330 000 000 Dollar. Die entsprechenden Ziffern der Einfuhr sind folgende: Mai 1920 431 000 000 Dollar, Januar 1921 208 900 000 Dollar und Mai 1921 208 000 000 Dollar. Je stärker die Leistungen Deutschlands werden, desto schwächer wird seine Baluta und desto größer der Abstand vom Weltmarktpreise, unter den die Ententestaaten nicht herabkönnen. Schlechter Geldwert Deutschlands bedeutet billige Preise deutscher Erzeugnisse. Billigere deutsche Produkte werden die fremden teurer auf dem Weltmarkt mit Leichtigkeit schlagen.

Man kann also die Handelsforten der Entente verstehen. Aber das Ultimatum ist von ihr selbst diktiert worden. Jetzt kommt die Angst vor den Folgen.

Devisen-Kurse.

Amliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

		Hamburg, 22. Juni.	22. Juni.	21. Juni.
Holland	100 fl.	232,50	—	238,00
Kopenhagen	100 Kr.	121,00	—	120,00
Stockholm	100 Kr.	152,50	—	152,50
Kristiania	100 Kr.	101,50	—	101,50
Helsingfors	100 finn. Mk.	108,25	—	110,50
Schweiz	100 Frs.	119,50	—	119,50
Wien (alt)	100 K.	—	—	—
do. (neu)	100 K.	18,75	—	19,75
Budapest	100 K.	28,50	—	29,00
Prag	100 K.	92,50	—	96,50
Spanien	100 Pesetas	92,50	—	98,00
London	1 £	265,75	—	268,50
Paris	100 Frs.	569,50	—	571,00
Belgien	100 Frs.	565,50	—	564,00
italien	100 Lire	85,70	—	85,00
Bukarest	100 Lei	114,25	—	113,50
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		71,00	—	70,00
do. briell. Ausz. od. Scheck		70,75	—	69,86

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 22. Juni 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Lage	Std.
D.	Bredow	Fuß	Strens		1		
Angekommen am 23. Juni 1921.							
D.	Roma	Cohn	Riel		8		
D.	v. Schill	Rißing	Hamburg		2		
D.	Ranal 4	Weterien	Göteborg		1 1/2		
D.	Swanen	Steenfeld	Göteborg		2 1/4		

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Deber; für die Rubrik Freiheit Lübeck und Zeitschriften Hermann Bauer; für Partei- und Gemeindefortschritt August Schulz; für Inzerate Heinrich Steinberg; Verleger: Heinrich Steinberg; Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Einer sage es dem andern!

Wieder bringt das Holstenhaus als vorteilhafte Einkaufsstätte Lübecks

sensationell billige Gelegenheitsposten

in der Haushalts-Abteilung zum Verkauf, und jeder benutze dieses Angebot, ehe der Vorrat erschöpft!

Rein-Aluminium-Kochgeschirre

Satz Schmortöpfe gebauchte Form, 18-22 cm Durchmesser	3 Größen im Satz	65.00
Satz Fleischtopfe gerade Form, 18-26 cm Durchmesser	5 Größen im Satz	105.00
Schmortöpfe <small>gebauht, 22 cm Durchm.</small> 24.50	20 cm Durchm. 19.75	18 cm Durchm. 16.50
Ringtopfe <small>mit Deckel, 26 cm Durchm.</small> 35.00	24 cm Durchm. 29.75	22 cm Durchm. 26.50
Stiel-Kasserolen mit Ausguß 16 cm Durchm. 19.75	14 cm Durchm. 15.50	12 cm Durchm. 13.50
Maschinentöpfe mit Henkel 14 cm Durchm. 23.75	12 cm Durchm. 18.75	10 cm Durchm. 16.50
Wasserkessel 22 cm Durchm. 65.00	20 cm Durchm. 62.50	18 cm Durchm. 52.50
16 cm Durchm. 46.50		
Durchschläge 15.50	9.75	Puddingformen 6.75
Kaffeelöffel 75.50	50.50	Eßlöffel 1.35
	1.10	95.50
Touristenkocher <small>6 Teile mit Lederriemen</small> 39.50	32.50	Dosen 1.75
	95.50	Trinkbecher oval 3.00

Emaile

Schmortöpfe 32 cm 26 cm 24 cm		
grau/grau	22.00	16.50
Masch.-Töpfe 34 cm 32 cm 30 cm		
mit 2 Henkeln	26.00	22.00
Kasserolen 16 cm 14 cm 7 cm		
mit Stiel	7.50	6.25
		4.75

Guß-Eiserne Töpfe		
innen weiß		
Inhalt:		
5 Liter	4 Liter	3 Liter
26.50	23.50	19.50

Emaile

Schöpflöffel groß, grau	4.75
Schalen weiß, 34 cm Durchmesser ..	10.25
Löffelbleche weiß	21.50
Kehrschaufeln braun und grau ..	6.75

450 Stahlpfannen mit und ohne Holzstiel, schwarz und feinblank	6.25	5.25	4.25
Ovale Wannen verzinkt	58 cm lang	38.50	36 cm lang
			16.25

Einzel-Stücke eines Musterlagers in Aluminium, Emaille und Eisen-Geschirr auf dem Auslagetischen besonders billig!

Donnerstag, Freitag, Sonnabend: Vorführung des neuen Einkochapparates „Wibo“
Gewaltige Ersparnis an Zeit und Geld

Holstenhaus

Lübeck

Freier Wassersport-Verein Lübeck
Einladung zu dem am Sonnabend, dem 25. Juni, stattfindenden **Sommernachts-Ball** im **Lindenhof, Israelsdorf**.
Anfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr. Der Vorstand.

Hodermann

Morgen Freitag, anlässlich des 10 jährigen Bestehens **Gr. Extra-Konzert**.
Kapellmeister **Loretto** (12 Mitglieder).
Anfang 4 1/2 nachm. Freier Eintritt.
Direktor **Wilhelm Jorjan**.

Auf den Elberfelder Verkaufstagen kaufte ich große Posten

Baumwollwaren

weit unter dem heutigen Herstellungspreis. Beachten Sie mein heutiges und die folgende Inserate:

Damast 140 cm brt. für Bettbezüge i. hübsch. Dessins u. gut. Qual., m	39.50	29.50
Wäschetuch ca. 80 cm brt., i. fein u. mittelfähig, m	12.80	8.90
Rohnessel pa. Qual. 136/40 cm brt., für Bett- und Leibwäsche, m	18.80	
Finett prima gefärbte Ware für Nachtsachen, ca. 80 cm breit, m	12.80	
Handt-Drell u. Gerstenkorn i. holl. u. Galbleinen, m	12.80	8.90
Schürzenstoff pa. maßgefärbte Ware, 116 cm breit, m	19.50	

Hans Struve Lübeck, Königstr. 87/89, Ecke Walmstr.
Renesburg, Neumünster, Itzehoe.

Kolosseum.

Jeden Dienstag und Freitag **Garten-Konzert** unter Leitung des Herrn Kapellmeisters **Robert Sulanke** und unter Mitwirkung von Herrn **Josef Habbich** (Tenor) und Herrn **Josef Immendorf** (Bass) vom Lübecker Stadttheater. Karten sind bei Herrn Ernst Robert, Breite Straße 29, Friedr. Nagel, Am Markt 14, und im Kolosseum zu haben. Eintrittspreis: Einzelkarte Mk. 2.-, Dugendkarten Mk. 20.- auschl. Steuer. Bei ungünstiger Witterung im Saal. Anfang 7 1/2 Uhr. (3282)

Ziegenzuchtverein Lübeck v. Stiftungs-fest (Konzert, Theateraufführung, Ball) am Sonnabend, dem 25. Juni, in der „Biora“. Anfang 7.00 Uhr. Eintrittspreis für Herren 3.00 Mk., für Damen 2 Mk., auschl. Steuer. Vorverkauf: Klaus, Johannisstr. 7. (3284)

Einerbier Freitag von 4-6 Uhr. 3260) **Hermann Stamer**.

Ausgetämmte Frauenhaare werden Freitag von 8-6 Uhr zu den höchsten Preisen angekauft. (3265) **Gasthof „Zum Stern“**, Grambuden 1.

Hansa-Theater 8 Uhr. 8 Uhr. Heute Donnerstag: Einmaliges Gastspiel **Reinhold Wolf**. Der verjüngte Adolar. Adolar - Reinh. Wolf a. G. Freitag, Sonnabend, Sonntag: Die Scheidungsreise. (3261)

Schwartzauer Honigwerke u. Zuckerraffinerie A.-G.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 23. Juni.

Feinde der Republik.

In der deutsch-nationalen Presse wird das Kesseltreiben gegen die neue Reichs- und Handelsflagge fortgesetzt. Was da alles zusammengetragen wird, um die Wahrzeichen der Republik verächtlich zu machen und die reaktionäre Parteifrage zu lobpreisen, ist kaum zu registrieren. Bei der Errichtung des Scheiterhaufens ist natürlich auch die schweifswedende Generalanzeigerpresse beihilflich. Sie tobt noch tollter als die rechtschweifswedenden Blätter. Wenn die Behauptung noch eines Beweises bedarf, dann erbringt ihn der Lübecker Generalanzeiger am Dienstag mit folgender Schätzigkeit:

„Hoffentlich gelingt es dem Reichstag in nicht zu ferner Zeit, dieses Gesetz (Vollsenfweid) zur Berabsichtigung zu bringen, damit unserer Schifffahrt die Schande, in Ausland die verunglückte Flagge zeigen zu müssen, erspart bleibt. Innerhalb der bisher konzeditierten „Nebengangsfrist“ bis 1. Januar 1922 wird ja allerdings wohl schwerlich ein deutscher Kapitän sich veranlassen lassen, die schwarz-rot-gelbe Gösch in der Handelsflagge zu führen. Der Vollsenfweid freilich wird nicht nur über die Handelsflagge, sondern über die Nationalflagge überhaupt zu entscheiden haben und uns hoffentlich das alte Schwarz-Weiß-Rot wiederbringen.“

Besser kann sich eine schöne Seele gewiss nicht offenbaren. Das ist der Ton, der mit Nationalbewußtsein absolut nichts zu tun hat. Es ist die „völkische“ Eigenart eines übergeiznappten Spießbüttens, das mit den Deutsch-nationalen in jede Rede rennt, wo ein Ausblick ins monarchische Paradies zu vermuten ist. Diese Hehe gegen die republikanische Flagge deutet sich durchaus mit der robusten Ansicht des famosen Lehrers in Lurup, der seinen Schülern das Bild einpaukte: „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot.“ Als ihm von einem kleinen Mädchen gesagt wurde, daß die deutsche Flagge doch schwarz-rot-gold wäre, erhielt es als Antwort: „Mit der Fahne kommt Ihr Euch den A... wißchen.“ Nur fehlt dem Generalanzeiger und so manchem seiner Gönnner — wie Major Wolmar auf dem deutsch-nationalen Parteitag in Schwartau sagte — der Mut, sich frei als deutsch-nationales Organ zu bekennen. Aufgeblassene und feig zugleich ist diese Sorte nun einmal.

Uebrigens ist der ganze Tratsch, das Ausland hülflos die neue Handelsflagge nicht, eitle Schaumbläserei. Wir haben wiederholt auf die Tatsache hingewiesen, daß sich die Gegner nicht aus Ausländern rekrutieren, sondern daß es die konservativ gerichteten Reeder und Handelsherren sind, die die Republik und ihre Farben im Ausland verächtlich machen. Schrieb doch kürzlich selbst die „Woll. Jtg.“, daß z. B. in Südamerika die führenden Handels- und Wirtschaftskreise des Auslandsdeutschentums, sowie die Großgrundbesitzer unbedingt monarchistisch gesinnt seien. Bei dem Einfluß, den Beziehungen und dem Geld, über das diese Kreise verfügen, sei es nur natürlich, daß sie es verstehen, den Eindruck zu erwecken, als ob das gesamte Auslandsdeutschentum hinter ihnen stünde. Da ist es doch nichts anderes als auf die Spitze getriebener Schwindel, wenn jetzt die Rechtspreste mit einer „Abtinnung über die Flaggenfrage“ haufieren geht, die der deutsch-österreichische Bund unter den Deutschen in Chile veranstaltete. Dort hatten sich 4000 zugunsten der wilhelmianischen Flagge ausgesprochen, und nur einige Duzend für die neue. Aber diese 4000 Ueberpartisanen bilden nur den 8. Teil der in Chile anwesenden Deutschen. Die übrigen 28 000 stimmten gar nicht ab. Ihre Stimmhaltung zeigt, daß sie nichts mit dem Audeutschentum zu tun haben wollen. Sie kennen ihre Pappenheimer schwarz-rot-weißer Couleur. Denn wie die „Woll. Jtg.“ weiter mitteilt, kann es der demokratisch und republikanische Teil der Auslandsdeutschen gar nicht wagen, seine Gesinnung zu äußern, wenn er nicht alle geschäftlichen Ausichten verhergen will. In Buenos Aires hat sich eine Gesellschaft gebildet, die alle nicht monarchischen Deutschen wirtschaftlich und gesellschaftlich konzentrieren will. Das sind jene Kreise des Auslandsdeutschentums, die für den Rapp-Bußsch Gelder gesammelt haben und die für ähnliche Unter-

nehmungen noch Geld sammeln. Das sind die Blutsverwandten der Pfefferküde, mit denen sich ein Paul Müller vom Aktionsausschuß seemännischer Berufsverbände zur Niederringung der republikanischen Flagge verbündet. Das Mitteilungsblatt dieses Aktionsausschusses, dessen Redakteur derselbe Müller ist, bringt jetzt einen Verteidigungsartikel, den die reaktionäre Presse mit Freuden abdruckt und den sich gewiß auch das läbliche Amtsblatt nicht entgehen lassen wird. Als Vorkämpferin für Monarchismus und Kapitalismus wird es den Kreuzgenossen zittern, der der sozialdemokratischen Partei und ihren Organen „bemühte Fälschungen“ und „scham- und gewissenlose Verhöhnung der Massen“ vorwirft. Die Zeilenreißer, „bar allen deutschen völkischen Empfindens“, in der zweiten Garnitur der sozialistischen Provinzpresse bemühen sich, ihre Nachbetereien noch mit einigen „gestimmungskühnlichen Abersheiten“ besonders zu würzen. Das sind noch die schwächsten Stellen in dieser Erklärung, womit offen aufgezeigt wird, welchen Interessen Paul Müller in Wirklichkeit dient.

Da Müller auch die sozialdemokratischen Senatoren in Hamburg und Lübeck anführt, die für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge gestimmt hätten, so wollen wir auch hierüber einige Worte sagen. Bekanntlich bleiben die Abstimmungsresultate der Senatsitzungen geheim und wir wissen nicht, wie die sozialdemokratischen Senatoren stimmten oder ob überhaupt eine Abstimmung im Senat über die Flaggenfrage erfolgt ist. Seit jenem Beschluß sind aber die eigentlichen Absichten der Reaktionäre so deutlich zutage getreten, daß heute auch die sozialdemokratischen Senatoren sicher anderen Sinnes geworden sein müssen, wenn sie überhaupt jemals für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge eingetreten sein sollten. Uebrigens haben sie sich unseres Wissens nicht für die alte Handelsflagge ausgesprochen, sondern mit ihren Bedenken gegen dieses Vorgehen nicht zurückgehalten. Aber auch die Abweichung einzelner Genossen könnte uns keinesfalls bestimmen, in der Flaggenfrage auch nur eine Nota von unserer Stellungnahme abzugeben. Wir erkennen in der wüsten Flaggenhehe der Rechtspreste und der gesamten Rechtsparteien nur zu deutlich, daß damit der Republik ein Dolchstoß versetzt werden soll, wie obige und unzählige andere Beispiele strotzen beweisen. Für uns ist die Frage ein Prinzip geworden, andere Erwägungen erkennen wir nicht an. Wir kämpfen um Schwarz-Rot-Gold für die Republik!

Neuer Fischdampfer in Lübeck. Am Dienstag abend traf der auf der Werft Nobiskrug G. m. b. H. in Rendsburg neuerbaute Fischdampfer „Serrenwyl“ nach gut verlaufener Probefahrt im hiesigen Hafen ein und machte am kaiserlichen Zentral-Fischmarkt fest. Dampfer „Serrenwyl“ ist der siebente Dampfer der Hochseefischer-Aktiengesellschaft „Trave“. Das Fahrzeug ist mit einer dreifachen Expansionsmaschine der Firma Bohn & Köhler, Kiel, ausgerüstet. Mit einer Maschinenleistung von 520 PS wurde trotz schlechter Kohle eine Geschwindigkeit von 10,5 Seemeilen erreicht. Der Dampfer ist gleich seinen Schwesterschiffen in sämtlichen Räumen mit elektrischem Licht sowie mit allen modernen Einrichtungen für den Hochseefischereibetrieb versehen. Dampfer „Serrenwyl“ wird nach Uebernahme von Kohlen, Proviant und Fangausrüstung seine erste Fangreise in die Nordsee antreten.

Neuer schlechte Winterlohe wird' in Seefahrtskreisen geplatzt. Wie uns mitgeteilt wird, mußte dieser Tage der Dampfer „Bauline Hausbuz“ auf See wieder umkehren, weil die in Lübeck gefassten Kohlen und Gierbriketts für die Reize nach Stockholm als Winterlohen nicht zu gebrauchen waren. Schon vor Travemünde klagte der erste Maschinist dem Kapitän, die in Lübeck erhaltene Kohle sei so schlecht, daß an ein Weiterfahren kaum zu denken sei. Die Maschine, welche sonst 100-105 Umdrehungen hergab, machte jetzt nur noch 50-60 Umdrehungen. Die Feuer fielen immer durch die Rosten. Heizkraft hatte die Mischung überhaupt nicht. Bei windigem Wetter hätten die Kohlen und Briketts überhaupt nicht gebrannt. Bald darauf konnten sich, wie das Schiffsjournal besagt, Kapitän und Offiziere davon überzeugen, daß ein Dampfhaften mit der minderwertigen Kohle ausgeschlossen sei und es wurde, da durch ein Weiterfahren Schiff und Ladung in Gefahr kamen, beschloffen, umzudrehen und nach Lübeck zurückzudampfen.

Die Stadtbibliothek hat ihren Bericht für das Jahr 1919 erlassen lassen. Am 20. Juni trat der bisherige Stadtbibliothekar Professor Dr. Curtius in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Herr Dr. Rieth. Die Bibliothek wurde neuorganisiert und reformiert. Mit Privaten und Vereinen, die Besitzer größerer Bücherreihen sind, setzte sich die Verwaltung erfolgreich für die Vermehrung der Bibliothekbestände in Verbindung. Auch Fachvereine haben mit der Ueberweisung ihrer Bücherreihen begonnen. Der Bücherbestand konnte um 1054 Bände vermehrt werden. Insgesamt waren am Schluß des Berichtsjahres 197 209 Bücher und Schriften vorhanden. Die Benutzung der Bibliothek weist mit 14 802 Bänden einen erfreulichen Aufschwung auf. Die der Stadtbibliothek angegliederte Münzsammlung, die von Dr. Weber bearbeitet wird, konnte um einige Stücke vermehrt werden.

Versuche mit Flaschenposten in der Ostsee. Flaschenposten und ähnliche Treibkörper haben sich als ein wertvolles Hilfsmittel der ozeanographischen Forschung bewährt. Neuerdings sind Treibflaschen auch von Dr. R. Brückmann, so meldet der „Prometheus“, zur Erforschung des warmen Oberflächentromes an der südblichen und östlichen Küste der Ostsee benutzt worden. Verwendung fanden mit Sand gefüllte Treibflaschen, denen Karten mit viersprachigem Text beigegeben wurden. Insgesamt wurden an 10 Stellen zwischen Kolberg und Krang 114 Flaschen ausgelegt, ferner 2 Flaschen an der Südbüze der Memel. 52 Flaschen wurden im Herbst 1912, 84 Flaschen im Frühjahr 1918 etwa 1 bis 2 km von der Küste entfernt in See geworfen. Wieder aufgefunden wurden insgesamt 66 Stüde oder 57 Prozent. Als Durchschnittsgeschwindigkeit ergab sich für die Flaschen der Herbstpost der Betrag von 5,6 Metersekunden, für die der Frühjahrspost 8,1 Metersekunden, während die höchste beobachtete Geschwindigkeit 9,4 Metersekunden betrug. 8 Flaschen legten den 430 bis 480 km langen Weg bis zur Insel Osel zurück und waren 83 bis 50 Tage unterwegs, eine andere Flasche brauchte sogar 115 Tage, um die 500 km lange Strecke bis Kurland zu durchschwimmen. Die berechneten Geschwindigkeiten liefern keinen Maßstab für die Stärke der Strömung. Die Flaschen können in andere Strömungen verschlagen oder durch Fischernetze festgehalten werden, auch längere Zeit unentdeckt am Strande liegen oder selbst monatelang im Meere treiben, ohne zu landen. Trotzdem haben die Flaschenposten genügendes Material für die Erforschung der Strömungsverhältnisse gebracht. Die Wassermassen fließen, den herrschenden Westwinden folgend, nach Osten und werden nur vorübergehend durch starke Winde aus entgegengesetzter Richtung aufgehalten und aus ihrer Bahn gedrängt, so daß man mit Recht von einem seeländischen Küstentrom sprechen kann, der dauernd an der Küste entlangzieht.

Der Passagierverkehr nach Uebersee. Der Passagierverkehr von hier nach den Vereinigten Staaten und zurück hat rüstig zugenommen, nachdem der Verkehr fast sieben Jahre geruht hat. Aus Schiffsfahrtskreisen wird hierüber berichtet: In dem starken Andrang von Reisenden aus den Vereinigten Staaten nach Europa, auf dessen Bewältigung hunderte und mehr transatlantische Dampfer in Anspruch genommen werden müssen, erblickt man in Schiffsfahrtskreisen deutliche Anzeichen dafür, die internationalen Geschäftsbeziehungen so schnell als möglich einzurichten. In auffälliger Weise ist die Zahl derer, die noch im letzten Jahre zur Bestätigung der Schiffsfelder und Gräber nach Europa kamen, gegen die Zahl der geschäftlich Reisenden, zurückgegangen. In den ersten 2 1/2 Monaten des Jahres erfuhr der atlantische Reiseverkehr gegenüber dem Vorjahr einen starken Rückgang; seitdem aber ist eine entschiedene Zunahme zu bemerken und alle großen Dampfer sind bis Mitte Juli sehr stark belegt. Die Zahl der von den Vereinigten Staaten nach Europa Reisenden in den Jahren 1914, 1920 und 1921 im Zeitraum vom 1. Januar bis 8. Mai betrug: 1921 193 100, 1920 125 400, 1914 179 000. Nach den Vereinigten Staaten reisten im gleichen Zeitraum 1921 239 900, 1920 130 800, 1914 328 000. Der Hauptverkehr bezieht sich auf die Fahrten der dritten Klasse respektive des Zwischendecks.

Wegen Abtreibung wurde am Mittwoch unter Ausschluß der Öffentlichkeit von der Strafkammer gegen die Frauen F. D. und L. verhandelt. Alle Angeklagten wurden für schuldig befunden. Es erhielten wegen einer Abtreibung Frau F. 7 Monate Gefängnis; Frau D. wegen einer verführten und einer vollendeten Abtreibung 1 Jahr Gefängnis; Frau L. wegen Beihilfe und verführter Abtreibung 3 Monate Gefängnis.

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

62. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Er küßte sie, bis sie ihn lachend abwehrte. „Ich gebe die Hoffnung nicht auf!“ sagte er, indem er ihre Hand drückte.

„Na ja, vielleicht. Wenn du als Millionär nach Amerika kommst, dann werde ich mir die Sache noch einmal überlegen.“

Sie mußte ihn schließlich mit Gewalt zur Tür hinausdrängen. Aber im Flur ließ sie sich noch einmal von ihm küssen. „Bis wohl und glückliche Reise. Halt den Kopf hoch, Richard, du wirst sehen, es geht auch ohne mich.“

„Ich schreibe dir!“ sagte er und lief schnell hinaus.

Als Wittkamp nach Hause kam, fand er zu seinem Staunen den Doktor im Bette liegen. Er wurde durch das Geräusch wach und sah ganz ausgeschlafen aus.

„Was siehst du mich so dünn an?“ fragte der Doktor.

„Ich wundere mich — Verzeihung, ich dachte —“

„Ach so, du meinstest, ich würde die Nacht durchgeschlafen haben? Wollt ich auch — aber, weiß der Teufel, mit mir geht's zu Ende. Ich hatte einen Fiel vor dem ganzen Zeug. Zwei Stunden wartete ich auf dich.“

„Verzeih mir!“ sagte Wittkamp.

„Ja, und dann wurde es mir allmählich klar, daß es dir bei deinem Schatz besser gefiel als bei mir alten, verlassenen Kerl. Ich wollte erst wütend werden, aber statt dessen wurde ich melancholisch. Soweit hast du mich schon angeekelt!“

„Ach, ich war so glücklich und ich dachte, du würdest es mir nicht übelnehmen.“

„Ja, während du selig warst, hatte ich das graue Elend und Schwärze zwischen einem Besuch in der Heilsarmee oder in Barnens Kneipe. Aber mit mir ist es jetzt wirklich vorbei, sonst wäre ich nicht um elf Uhr ohne jeden Grund nach Hause gegangen.“

„Weißt du, wollen jetzt schon einpacken und unsere Koffer zum Agenten hinbringen. Dann können wir nachher noch einmal heimlich frühstücken.“

„Ueber Wittkamp, du bist eigentlich doch eine gute Seele. Du schwärmt immer für gemütliches Frühstücken und ein braves zünftiges Leben. Nur verheiratet darfst du dich nicht mehr, dazu hast du kein Talent. Du gefällst deiner Frau immer erst, wenn du von ihr geschieden bist.“

„Als sie zum Agenten hinkamen, fanden sie da noch einen Kofferstücken. Es war ein polnischer Jude, ein Schneider, der ein sehr ängstlicher und mißtrauischer Mensch zu sein schien und sich noch einmal nach allen möglichen Einzelheiten erkundigte.“

„Da, fragen Sie die Herren hier! Die fahren auch mit. Es sind keine gebildete Leute. Es ist eine ganz leichte Arbeit auf dem Schiff — morgens und nachmittags —“

Wittkamp und der Doktor mußten lachen über den forschenden, mißtrauischen Blick, den ihnen der Schneider zuwarf. Er hielt die zwei offenbar für Helfershelfer des Agenten und wollte es erst nicht glauben, daß sie auch wirklich mitführen. Endlich entschloß er sich dann doch, das Billett zu nehmen und zog vorsichtig sein Portemonnaie aus der Tasche.

„Ja, also wenn Sie diese Woche noch mitwollen, müssen Sie heute nachmittag kommen.“

„Brauch ich auch sonst nichts mehr zu bezahlen bis Hamburg?“

„Alles ist frei. Wir bringen Sie bis ans Schiff und geben Ihnen Billetts bis Boston. Hier ist das Billett für den Agenten in Boston und hier das andere für Liverpool.“

Der Doktor nickte ihm zu, daß alles ganz in Ordnung sei, und der Schneider steckte seine Papiere vorsichtig in sein Taschensbuch. Erst als sie alle drei draußen waren, taute er auf.

„Es steht so viel in der Zeitung, man kann sich nicht genug in acht nehmen.“

„Sind Sie lange in Amerika gewesen?“ fragte Wittkamp.

„Neun Monate. Aber ich will wieder nach Hause.“

„Zu Hause ist es wohl besser?“

„Ich habe eine Frau zu Hause. Ich wollte erst einmal sehen, ob sie nachkommen sollte. Aber was ist das für ein Leben hier? Mein Bruder ist auch hier, hat die Schwindsucht bekommen. Soll ich auch sterben? Zwölf und vierzehn Stunden arbeitet man im Sweatshop für den Boh. Man verdient ja Geld, aber alles ist teuer. Zu Hause ist es nur eine kleine Stadt, aber man ist besser dran.“

„Fahren Sie allein zurück?“

„Es sind noch mehrere Kuffen und Desterreicher. Sie kommen alle heute nachmittag.“

„Auch alles Amerikamüde?“

Der Kleine nickte. Er schwieg einen Augenblick. Dann aber brach er in leidenschaftliche Klagen aus.

„Da haben wir nur zu Hause all die Jahre und träumten von Amerika. Ach, wie weit lag das Land, und wie schwer war es, dahin zu kommen! Sparen mußte man einen bitteren Monat nach dem andern. Immer arbeiten von früh bis spät, bis endlich das Geld für die Ueberfahrt zusammen war. Als es dann so weit war, da hab ich immer auf der Hinfahrt gezittert, es möchte etwas dazwischen kommen, man möchte mich nicht hinein lassen. Ich wäre gestorben, wenn man mich zurückgewiesen hätte. Und jetzt —“

„Aber die russischen Juden kommen doch in solchen Massen!“ sagte Wittkamp. „Das muß sich doch auch herumsprechen, daß hier nicht alles so glänzend ist.“

„Gut man denn die Leute gern, die einem abratet? Man hört ja nur, was man hören will. Und mancher hat ja auch Glück hier. Einer schrieb in einem Brief: „Ihr werdet die Steine küssen in diesem Land!““

„Ja,“ sagte der Doktor spöttisch, „renommieren tun die Kerle alle. Je schlimmer sie kufften müssen, desto weniger wollen sie

es zugeben. Vielleicht denken sie auch: Wir sind hereingefallen, laß die andern auch hereinkommen!“

„Mein Bruder schrieb mir auch immer, es ginge ihm gut! Er schämte sich vor mir. Aber als er mich am Battery Place abholte, ich bin bald erschrocken, wie er ausah.“

„Warum reist er nicht mit zurück?“

„Er kann nicht, er ist zu schwach. Und Frau und Kinder, wo soll er das Geld für die Ueberfahrt hernehmen?“

„Ja, wenn man erst verheiratet ist, dann bleibt man auch hier. Man macht solche Reize nicht zweimal mit Familie. Die Leute kommen ja so schon wie Abgebrannte hier an.“

Als der Schneider sich von ihnen verabschiedet hatte, saßen die beiden Freunde noch eine Weile schweigend in der Tax.

„Den Einwanderern ist es wohl niemals gut gegangen in Amerika!“ sagte endlich Wittkamp. „Keiner fand, was er erwartete. Aber ihre Kinder errieten nachher, was die Alten geläst hatten. Hier muß wohl immer die erste Generation zugrunde gehen, damit die zweite leben kann.“

21.

In dem langen schmalen Geschäftsraum bei dem Agenten saßen die Amerikamüden auf der Bank oder auf ihren Koffern und warteten. Schmachtige, schwarze russische Juden und kräftige, blonde, polnische Landarbeiter. Kein Deutscher sonst außer Wittkamp und dem Doktor.

Sie sprachen wenig. Jeder hatte seine eigenen Gedanken. So saßen sie in stumpfen Brüten, etwas ängstlich, denn sie wußten nicht, was ihnen die Reize bringen würde, und doch auch ergeben in dem Gefühl, daß sie auch an dem Schlimmsten nichts ändern könnten.

Der Agent hatte sie viel zu früh herbestellt, weil er wußte, daß immer noch Nachzügler kamen, und jetzt lagen sie da und warteten und betrachteten die Platte an der Wand. Keiner konnte den andern, jeder hatte mit sich selbst zu tun, und die Stille, die sie umgab, vermehrte noch ihre trostlose, mürrische Stimmung.

Es war eine Erlösung, als endlich ein alter, holpriger Karren ankam, der sie wegfahren sollte. Langsam humpelten sie hinaus mit ihren Koffern und kletterten umhülllich auf das Gefährt.

„Was das alles für krumme, elende, ängstliche Kerle sind!“ sagte Wittkamp leise zum Doktor.

„Es hat wohl auch jeder eine Geschichte zu erzählen. Vielleicht eine einfache, alltägliche, aber jedenfalls eine bitterböse!“

„Wie oft haben wir nicht gelacht, wenn am Battery Place die angekommenen Einwanderer auf solche Karren geladen wurden, wie Hammel, die ins Schlachthaus gehen. Jetzt sitzen wir gerade so, nur noch ein bißchen elender.“

„Wir gehören jetzt zum Will, die Agenten sind Ueberunternehmer.“

(Fortsetzung folgt.)

Obst den Achtstunden-Tag.

Seit mehr denn 30 Jahren fordert die internationale Arbeiterschaft die Einführung des Acht-Stundentages. Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und 8 Stunden Schlaf, das war die Forderung der Arbeiter, deren Durchführung ihr ein menschenwürdiges Dasein sichern sollte.

Der große Teil der Unternehmer ist anderer Meinung. Besonders in den Tagen nach der Annahme des Ententeultimatums kämpften die Arbeitgeber wie die Löwen gegen den Achtstundentag und behaupteten, daß nur seine Beseitigung im Verein mit dem Abbau der „hohen“ Löhne die Erfüllung der übernommenen Pflichten ermögliche.

Wir erinnern an die Tatsache, daß vielfach in außerordentlich hohem Maße Ueberstunden gemacht werden und weisen auf den vor einiger Zeit erschienenen Aufruf des Eisenbahner-Verbandes hin, der sich ganz entschieden gegen jenen Teil seiner Mitglieder wendete, die sich der Verwaltung freudig zur Mehrarbeit zur Verfügung stellten.

Die Not dieser Opfer der großen Wirtschaftskrise ist so unendlich groß, daß alles getan werden muß, um sie zu lindern. Nur unablässig herzugehen über die Gewerkschafts, „bonges“ und sie, wie die Kommunisten es tun, zum Kampf für ihre zehn Punkte aufzufordern, ist zwar einfach, den Erwerbslosen und Kurzarbeitern aber keineswegs dienlich.

Diese Forderung mag vielleicht, auf den einzelnen Fall angewendet, übertrieben klingen. Aber sie ist bitter notwendig. Mit jeder Stunde, die ein Arbeiter über die gesetzliche Arbeitszeit von acht Stunden tätig ist, gibt er nicht nur dem Prinzip des Achtstundentages einen Rippenstoß, schädigt er nicht nur seine Gesundheit und vergrößert er nicht nur den Profit des Unternehmers.

Die Geburten eines Sternes. Die riesige dunkle Masse im Himmelsraum, deren Vorhandensein, wie wir berichteten, von dem holländischen Astronomen Pannetcoet nachgewiesen wurde, beschäftigt weiter die Gelehrten, und ein englischer Astronom vertritt die Ansicht, daß es sich dabei um die Entstehung eines neuen Sternes handele.

Die Geburt eines Sternes. Die riesige dunkle Masse im Himmelsraum, deren Vorhandensein, wie wir berichteten, von dem holländischen Astronomen Pannetcoet nachgewiesen wurde, beschäftigt weiter die Gelehrten, und ein englischer Astronom vertritt die Ansicht, daß es sich dabei um die Entstehung eines neuen Sternes handele.

Die Geburt eines Sternes. Die riesige dunkle Masse im Himmelsraum, deren Vorhandensein, wie wir berichteten, von dem holländischen Astronomen Pannetcoet nachgewiesen wurde, beschäftigt weiter die Gelehrten, und ein englischer Astronom vertritt die Ansicht, daß es sich dabei um die Entstehung eines neuen Sternes handele.

Die Geburt eines Sternes. Die riesige dunkle Masse im Himmelsraum, deren Vorhandensein, wie wir berichteten, von dem holländischen Astronomen Pannetcoet nachgewiesen wurde, beschäftigt weiter die Gelehrten, und ein englischer Astronom vertritt die Ansicht, daß es sich dabei um die Entstehung eines neuen Sternes handele.

Die Geburt eines Sternes. Die riesige dunkle Masse im Himmelsraum, deren Vorhandensein, wie wir berichteten, von dem holländischen Astronomen Pannetcoet nachgewiesen wurde, beschäftigt weiter die Gelehrten, und ein englischer Astronom vertritt die Ansicht, daß es sich dabei um die Entstehung eines neuen Sternes handele.

Die Geburt eines Sternes. Die riesige dunkle Masse im Himmelsraum, deren Vorhandensein, wie wir berichteten, von dem holländischen Astronomen Pannetcoet nachgewiesen wurde, beschäftigt weiter die Gelehrten, und ein englischer Astronom vertritt die Ansicht, daß es sich dabei um die Entstehung eines neuen Sternes handele.

Die Geburt eines Sternes. Die riesige dunkle Masse im Himmelsraum, deren Vorhandensein, wie wir berichteten, von dem holländischen Astronomen Pannetcoet nachgewiesen wurde, beschäftigt weiter die Gelehrten, und ein englischer Astronom vertritt die Ansicht, daß es sich dabei um die Entstehung eines neuen Sternes handele.

2 Söhne des Kirchenbauers waren mit Böten beschäftigt. Dabei explodierte die Benzollampe und setzte das Gebäude in Brand. Durch Flugfeuer fing ein zweites Haus an zu brennen. Infolge der Trockenheit und des Sturmes brannten beide Häuser nieder.

Moskau. Arbeiterentlassungen auf der Reparaturwerkstatt. Im November wurden auf der Werkst. 480 Leute entlassen, die durch Unterschrift bestätigen mußten, daß sie nur bis zur Fertigstellung einer großen Reparatur tätig sein könnten. Jetzt, nach Beendigung dieser Arbeit, kündigt die Werkst. eine weitere Betriebsbeschränkung an.

Dienburg. Bau von Eigenheimen. Ein interessantes Bauvorhaben ist im benachbarten Ebersten jetzt in Durchführung begriffen. Dort hat sich die freiwillige Baugenossenschaft „Selbsthilfe“ gebildet, die für ihre Mitglieder den Bau von Zweifamilienhäusern betreibt.

Die Bildungsarbeit der Partei. Für die Provinz Brandenburg fand in Berlin eine Konferenz der örtlichen Bildungsausschüsse und Parteivereine statt, die sich mit dem Wiederaufbau des Bildungswesens im Bezirk beschäftigte.

Aus der Partei.

Die Bildungsarbeit der Partei. Für die Provinz Brandenburg fand in Berlin eine Konferenz der örtlichen Bildungsausschüsse und Parteivereine statt, die sich mit dem Wiederaufbau des Bildungswesens im Bezirk beschäftigte.

pb. Festgenommen wurden die Gebrüder L... u., von denen der eine hier in der Dichten Duerstraße wohnte, während der andere, der vor einiger Zeit aus der Heilanstalt Strecknitz entlassen war, sich, umhertrieb. Beide stehen seit längerer Zeit im Verdacht, hier und in der Umgegend Fahrradradiebstahl in größerem Umfang ausgeführt zu haben.

Wobankfurt Falkendamm. Wassermache am 22. Juni. morgens 8 Uhr 14'; mittags 12 Uhr 14' Celsius.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Einigung in der Fischindustrie. Die in den Fischereibetrieben Groß-Hamburgs beschäftigten, dem Transportarbeiterverband angehörenden Arbeiter und Arbeiterinnen haben dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses zugestimmt.

Altona. Gefährliche Milchpantser. Der Milchhändler Dr. Sch. hatte für einen Landmann in Eidelstedt die Milch nach der Bahn zu bringen, und der Kutscher Rolte mußte die Milch dann zur Stadt fahren.

Cuxhaven. Herbstlicher Sommeranfang an der Nordsee. Ein schwerer Sturmwehler aus Nordwesten, wie es sonst Ende September oder Anfang Oktober herrscht, jagt eine prägnante Regenwolke nach der anderen über See und Küste dahin.

Grebin bei Plön. Brandunglück. In dem nahegelegenen Kalkenberg entstand durch Spielen der Kinder mit Zündhölzern am Sonnabend ein Feuer, dem zwei Wohnhäuser mit je zwei Wohnungen und die dazu gehörigen Ställe zum Opfer fielen.

Das neue Paradies.

Von Victor Hubertin.)

Gottvater sprach vor sich hin in seinen langen Bart: „Du lieber Gott, wie war doch das Paradies so nett, das ich damals in Jentelassen (nach einer anderen Erklärung allerdings im Kaukasus) angelegt hatte.“

So kann der liebe Gott lange seinen Erinnerungen nach. Und weil er schon alt ist und immer etwas eigenhändig war, deshalb lagte er zu sich: „Und nun mache ich mir wiederum erst recht ein neues Paradies, genau wie das vorige; aber diesmal lege ich es vorläufigerhand mehr abwärts.“

Er streckte seine ambrosische Hand über die unermesslichen Gewässer des Ozeans; und schon tauchte aus den Abgründen triefend eine große Insel auf mit blauen Bergen und hohen Felsen. Und gleich bedeckte diese Insel sich mit Wäldern von Kampferholz; Gemütpflanzen wucherten in den dampfenden Tälern, Bananen und Ananas wurden schon reif und Tiere mit unerhörtem Belagwerk jagten über die Abhänge.

Als aber alles fertig war, legte Gottvater eine Morgenröte darüber, wie noch nie eine da war; und um alle Küsten des neuen Paradieses ringsherum jagten die Brandungen das Lob des Herrn. Wie damals betrachtete er alle Dinge und fand, daß es gut sei.

Zwei Tage später fuhr an der Ostseite der Insel das englische Torpedoboot „Arrogant“ vorüber. Der Kommandant, Kapitän Bulker, erkannte, daß er ein neues Land vor sich hatte, landete, hieß den Union Jack und nannte die Insel „Queen Marys Land“.

Gleichzeitig fuhr an der westlichen Küste der französische Postdampfer „Soyuz“ vorüber, der eine Operettengesellschaft nach Kalifornien brachte. Der Kapitän erkannte, daß er ein neues Land vor sich hatte, hieß die Trifolore und nannte die Insel „Le de la Fraternelle“.

*) Aus den Tode bei Rangen in Runden erschienenen „Wanderer“.

Schiedsgericht. Ultimatum. Gasangriff. Stachelkraut. Handgranaten. Schützenrüber. 14 Punkte. Lrommelfeuer. Blockade. Jugoslawien. Mitrailleurmeister. Generalquartier. Unterhand. Schwimmende Minen. Lederer. Jagd. Kriegsgewinnler. Lants. Kohlrüben. Spacatisten. Feldprediger. Käuse. Kriegskorrespondenten. Braktarien. Fliegerangriff. Papierhembden. Unterjochboote. Galgen. Spanische Grippe.

„Sol es der Heuler.“ rief Gott, „jetzt ist meine Geduld zu Ende; der ganze Planet muß weg, zerschmilzen muß er werden, sonst verhandelt er mir die Schöpfung.“ Und in furchtbarem Grimm hallte er die Faust und hielt sie über die kleine braune Kugel, die da zischend und knisternd und schwelend und stinkend durch den Äther zog.

Aber er schlug nicht zu, sondern streckte die Hand wieder in die Hölentische und seine Miene wurde milder. „Nein,“ sprach er vor sich hin, „man muß sich alles überlegen. Es wäre schade um die Schmetterlinge.“

Das Meer.

Ich liebe das Meer wie meine Seele. Oft wird mir sogar zumute, als sei das Meer eigentlich meine Seele selbst; und wie es im Meer verborgene Wasserpflanzen gibt, die nur im Augenblick des Aufblühens an dessen Oberfläche herausschwimmen und im Augenblick des Verblühens wieder hinabsinken; so kommen zuweilen auch wunderbare Blumenbilder heraufgeschwommen aus der Tiefe meiner Seele und duften und leuchten und verschwinden wieder.

Man sagt, unsern dieser Insel, wo jetzt nichts als Wasser ist, hätten einst die schönsten Dörfer und Städte gestanden, das Meer habe sie plötzlich alle überschwemmt, und bei ihrem Weiterfließen die Schiffer noch die leuchtenden Spitzen der verfunkenen Kirchtürme und anderer Gebäude dort, in der Sonntagsfrühe, sogar ein frommes Sonntagsgelächte gehört. Die Geschichte ist wahr; denn das Meer ist meine Seele.

Eine schöne Welt ist da versunken, ihre Trümmer bleiben unten fern, lassen sich als goldne Himmelsfunken oft im Spiegel meiner Träume sehn. (R. Müller.) Erwachen höre ich dann ein verhallendes Glöckchengeläute und Gelang heiliger Stimmen.

Ich gehe hier oft am Strande spazieren und gedenke solcher fernwärtigen Wanderungen. Die angelegentlichsten derselben ist wohl die Geschichte vom fliegenden Holländer, den man im Sturm mit aufgeblähten Segeln nordwärts sieht und der zuweilen ein Boot greift, um den begegnenden Schiffen allerlei Briefe mitzugeben, die man nachher nicht zu besorgen weiß, da sie an längst verstorbenen Personen adressiert sind.

Man sagt, unsern dieser Insel, wo jetzt nichts als Wasser ist, hätten einst die schönsten Dörfer und Städte gestanden, das Meer habe sie plötzlich alle überschwemmt, und bei ihrem Weiterfließen die Schiffer noch die leuchtenden Spitzen der verfunkenen Kirchtürme und anderer Gebäude dort, in der Sonntagsfrühe, sogar ein frommes Sonntagsgelächte gehört. Die Geschichte ist wahr; denn das Meer ist meine Seele.

Eine schöne Welt ist da versunken, ihre Trümmer bleiben unten fern, lassen sich als goldne Himmelsfunken oft im Spiegel meiner Träume sehn. (R. Müller.) Erwachen höre ich dann ein verhallendes Glöckchengeläute und Gelang heiliger Stimmen.

Ich gehe hier oft am Strande spazieren und gedenke solcher fernwärtigen Wanderungen. Die angelegentlichsten derselben ist wohl die Geschichte vom fliegenden Holländer, den man im Sturm mit aufgeblähten Segeln nordwärts sieht und der zuweilen ein Boot greift, um den begegnenden Schiffen allerlei Briefe mitzugeben, die man nachher nicht zu besorgen weiß, da sie an längst verstorbenen Personen adressiert sind.

Man sagt, unsern dieser Insel, wo jetzt nichts als Wasser ist, hätten einst die schönsten Dörfer und Städte gestanden, das Meer habe sie plötzlich alle überschwemmt, und bei ihrem Weiterfließen die Schiffer noch die leuchtenden Spitzen der verfunkenen Kirchtürme und anderer Gebäude dort, in der Sonntagsfrühe, sogar ein frommes Sonntagsgelächte gehört. Die Geschichte ist wahr; denn das Meer ist meine Seele.

Eine schöne Welt ist da versunken, ihre Trümmer bleiben unten fern, lassen sich als goldne Himmelsfunken oft im Spiegel meiner Träume sehn. (R. Müller.) Erwachen höre ich dann ein verhallendes Glöckchengeläute und Gelang heiliger Stimmen.

Ich gehe hier oft am Strande spazieren und gedenke solcher fernwärtigen Wanderungen. Die angelegentlichsten derselben ist wohl die Geschichte vom fliegenden Holländer, den man im Sturm mit aufgeblähten Segeln nordwärts sieht und der zuweilen ein Boot greift, um den begegnenden Schiffen allerlei Briefe mitzugeben, die man nachher nicht zu besorgen weiß, da sie an längst verstorbenen Personen adressiert sind.

Man sagt, unsern dieser Insel, wo jetzt nichts als Wasser ist, hätten einst die schönsten Dörfer und Städte gestanden, das Meer habe sie plötzlich alle überschwemmt, und bei ihrem Weiterfließen die Schiffer noch die leuchtenden Spitzen der verfunkenen Kirchtürme und anderer Gebäude dort, in der Sonntagsfrühe, sogar ein frommes Sonntagsgelächte gehört. Die Geschichte ist wahr; denn das Meer ist meine Seele.

Eine schöne Welt ist da versunken, ihre Trümmer bleiben unten fern, lassen sich als goldne Himmelsfunken oft im Spiegel meiner Träume sehn. (R. Müller.) Erwachen höre ich dann ein verhallendes Glöckchengeläute und Gelang heiliger Stimmen.

Zuspitzung der Klassengegensätze

Die Prügelzene im Reichstag, die Ermordung des Abgeordneten Gareis, die Urteile der Justiz gegen die Arbeiterklasse, die Reaktion in Bayern, die Mordagitation in Braunschweig — das alles sind Symptome einer erneuten Zuspitzung der Klassengegensätze, einer Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der nicht mehr das Mittel der planmäßigen Entwicklung und des organischen Weiterganges wählt, sondern nach blutigen Formen sucht, um zum Austrag zu kommen.

Die Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland ist nicht eine Erscheinung der jüngsten Zeit, sondern sie datiert — falls man sie nicht erst seit dem 9. November konstatiert wissen will, was der historisch-ökonomischen Wahrheit widerspricht — seit den Anfängen des Kapitalismus in Deutschland. Je nach der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage nimmt der Klassenkampf verschiedenartige Formen an. Noch Marx und Wilhelm Liebknecht wußten nicht vorauszufragen und wollten nicht voraussetzen, in welcher Weise die endgültige Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie erfolgen werde, ob in der Form des blutigen Kampfes oder in der des Hineinwachsens in die neue, die sozialistische Gesellschaft. Die ökonomische Entwicklung vor dem Weltkriege brachte ein ständiges Anwachsen des Kapitalismus mit sich, der zwar auf der einen Seite eine Anhäufung des Reichtums und auf der anderen Seite eine Proletarisierung weiterer Schichten der Bevölkerung zur Folge hatte, der aber nicht in der von Marx angenommenen Weise den Mittelstand verelendete und die Gegensätze zwischen den Besitzenden und den nicht-Besitzenden Klassen derartig zuspitzte, daß nur noch zwei Parteien geschlossen einander gegenüberstanden. Die Erfüllung der Welt mit dem Geist und der Materie des Kapitalismus, die kapitalistische „Synkretrophie“ (um einen medizinischen Ausdruck zu gebrauchen) ließ Spielraum genug für Zwischenschichten des Bürgertums, die in völliger Indifferenz ihre Klassenlage nicht erkannten und lieber in slavischer Abhängigkeit von der sie im Grunde verachtenden Besitzenden Schicht leben wollten, als daß sie den Entschluß gewagt hätten, offen auf die Seite des Klassenbewußten Proletariats zu treten.

Beide Entwicklungen erleben wir auch heute. Der Kapitalismus hat durch den Weltkrieg seine Unfähigkeit bewiesen, irgend ein noch so bescheidenes Problem der Wirtschaft nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und der wahren Harmonie zu lösen. Dennoch hat er auch heute noch nicht seinen Höhepunkt erreicht, und seine Kraft erstreckt sich auf immer neue Gebiete. Die breiten Massen des Kleinbürgertums können sich bezeichnenderweise auch in dieser gespannten Situation nicht zu einem Bekenntnis zum Klassenkampf aufschwingen, sondern sie suchen von den Broden des Kapitalismus zu erhalten, was immer ihnen zukommt oder gnädig dargereicht wird.

Um so größer ist dieser Lage gegenüber die Aufgabe der Sozialdemokratie als der Partei der Klassenbewußten Arbeiter.

terläßt, als der Gegnerin des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Heute hat sie Kampf nach zwei Seiten auszusuchen: den Kampf gegen den Kapitalismus und — selber — den Kampf gegen jene Teile der Arbeiterklasse, die in Abkehr von europäischen Methoden das sozialistische Heil in der Errichtung einer deutschen Räterepublik erblicken. Noch hat die Arbeiterklasse, zum großen Teile insofern ihrer Spaltung, nicht die politische Macht in Händen, die notwendig ist, um den wirtschaftlichen Ausbau der sozialistischen Gesellschaft zu beginnen. Aber die Kampffrontlinie hat gewechselt. Heute befindet sich das Bürgertum in der Defensive, und die Arbeiterklasse ist zum Angriff übergegangen. Manches der Volkswerke der bürgerlichen Gesellschaft wurde am 9. November überzogen und mit einem Schläge genommen. Manches aber blieb bestehen, Ränder einer vergangenen, dem Untergange geweihten Zeit.

Die bürgerliche Gesellschaft befindet sich in einem Abwehrkampf gegen den Ansturm des Proletariats, das dank seiner geistlichen und ökonomischen Bildung, weiß, daß ihm der Sieg zufallen muß, das die Gesetze der ökonomischen Entwicklung kennt und sich bemüht ist, daß Naturnotwendigkeiten auf seiner Seite stehen, als die höchsten Helferinnen. Kann es Wunder nehmen, daß die den Untergang vor Augen sehenden Schichten des Bürgertums zu Verzweckungsmitteln greifen, um den Siegeszug des Proletariats aufzuhalten? Marx hat, der in diesen Tagen vor den Schranken des Sondergerichts steht, ist nicht, wie er irrt, Vertreter des Proletariats, nicht Träger der proletarischen Mission, hierfür fehlen sämtliche soziologischen und psychologischen Voraussetzungen. Weit unheimlicher aber als das sinnlose Wüten des Hölz in Mitteldeutschland ist das Wüten jener Banden in Bayern und anderswo, für die der Name „Mörderzentrale“ nur ein schwaches Abbild der Wirklichkeit gibt. In ihrem Kampfe gegen die Arbeiterklasse bedient sich die Reaktion der verwerflichsten Mittel. Wieder zeigt sich, was besonders von August Bebel stets mit besonderer Schärfe hervorgehoben wurde, daß der Anarchismus nichts mit dem Sozialismus zu tun habe, sondern Ausfluß einer rein bürgerlichen Weltanschauung sei. Durch Attentate gegen einzelne Personen, durch Mordanschläge und Ueberfälle ist noch niemals eine Gesellschaftsordnung umgestaltet worden. Der Putz ist keine Revolution, sondern Konterrevolution, der den Sieg einer zum Sieg bestimmten Klasse zwar aufhalten, niemals aber in sein Gegenteil, die Niederlage, verwandeln kann. Was wir heute in Deutschland erleben, ist höchst charakteristisch für die Zuspitzung der Klassengegensätze wie für den völligen Mangel an Verständnis für die soziologischen Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes. Selbst wenn es der bürgerlichen Konterrevolution gelänge, sämtliche Führer der Arbeiterbewegung abzuschlachten, so würde diese dennoch in ihrem Siegeslaufe keinen Augenblick gehemmt werden, sondern sie würde mit um so größerem Nachdruck beweisen, daß sie eine Massenbewegung ist. Massenbewegungen aber lassen sich, wie Laminen, in ihrem Laufe nicht aufhalten. Sie überstürzen sich, wie Marx ähnlich einmal sagte, oder sie nehmen langsamere

ihren Lauf; stets aber verfolgen sie ihr Ziel, das die Überwindung aller im Wege stehenden Hindernisse zur notwendigen Voraussetzung hat.

Die „Aktionen“ der rechtsbürgerlichen Parteien in Deutschland werden von dem Proletariat mit Ruhe aufgenommen. Es denkt nicht daran, mit Gegenaktionen ähnlichen Schlages zu antworten. Es nimmt gern den ihm hingeworfenen Fehlschlag auf, wohl bemüht, daß die Zuspitzung der Klassengegensätze einem Ziele zutreibt, welches die nationalpolitischen Mörderbanden, ungewollt, selbst nur beschleunigen helfen: der Überwindung der Klassengesellschaft und der Einrichtung einer Ordnung, die keine Klassen, keine Abhängigkeiten, keine Morde mehr kennt.

Eingegangene Druckschriften.

Ultimatum! Von Otto Weis. (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, SW. 68. Preis 1 M.) Diese soeben erschienene Schrift behandelt ausführlich und lückenlos die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Annahme und Erfüllung des Ultimatums und zur Regierungsfrage, wie sie der Parteivorstand Otto Weis in seiner bedeutenden Reichstagsrede vom 2. Juni ds. Js. dargelegt hat. Sie bringt auch eine gründliche Berechnung mit den Parteien der Rechten, insbesondere der deutschen Volkspartei. Genosse Weis schafft auch darüber Klarheit, daß es eine Kluft zwischen dem demokratischen und dem reaktionären Deutschland nicht gibt, somit ein Zusammengehen mit der deutschen Volkspartei für uns nicht in Frage kommen kann. Die Schrift ist nicht nur unseren Parteimitgliedern zur Klärung und Verbreitung, sondern jedem, der den innen- und außenpolitischen Dingen nicht gleichgültig gegenübersteht, zu empfehlen.

Stinnes und seine 600 000 Arbeiter. Von Kurt Heintz. (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 2.50 M.) Wer ist Stinnes? Wo kommt er her? Und wie gelangte er zu der Macht, die er heute besitzt? Wie war es möglich, daß bei den hohen Steuern ein Mann sich zum Multimillionär emporarbeiten konnte? Diese Fragen müssen jeden denkenden Menschen bewegen, wenn ihm aus den Zeitungen und auch im öffentlichen Leben immer und immer wieder das Wort Stinnes entgegenfliegt. Der Volkswirtschaftler Kurt Heintz zeichnet den Werdegang des „Königs Stinnes“ in scharfsinnigen Bildern. Von großer Wichtigkeit ist die Skizzierung von Stinnes schädlichem Einfluß auf das Ausland, die Schilderung des Aufstiegs dieses Mannes und die Entwicklung seines Hauses, die uns von den großen Umwälzungen der französischen Revolution, die der Rhein damals erlebte, zu erzählen weiß. Kurt Heintz hat sich streng an das Geschichtliche gehalten und mit anerkannter Objektivität und Kürze die wirtschaftliche Struktur jener Zeit umschrieben. Das Werk führt uns mehr als jedes andere die Macht des Kapitalismus mit erschreckender Deutlichkeit vor Augen und zeitigt die Erkenntnis, daß ein Kampf gegen die Gesellschaftsordnung des Kapitalismus, gegen das schleichende Stinnesgift eine Naturnotwendigkeit ist, wenn nicht dieses Gift unsern ganzen Volkserben verheeren soll.



MAGGI'S Fleischbrühwürfel

geben, — nur mit kochendem Wasser übergossen, — sofort **feinste Trinkbouillon.**

Weitere Mengen Kurzwaren

sind eingetroffen. — Wir verlängern unseren

Verkauf billiger Kurzwaren

bis einschliesslich Sonnabend 5³/₄ Uhr.

HOLSTENHAUS :: LÜBECK.

Öffentliche Verdingung.
Die Ausführung der Gasleitungen und der Wasser-, Zu- und Ableitungen für die Kleinwohnungen an der Sauerhoffstraße soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.
Angebote sind bis zu dem am **Donnerstag, dem 30. Juni 1921, mittags 12 Uhr,** im Bauamt, Mühlendamms 10, stattdessen Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlage an das Bauamt einzureichen.
Vierleistungszuschüsse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.
Zuschlagsfrist 2 Wochen.
Lübeck, den 22. Juni 1921.

Das Bauamt.
Hpt. Sachb. v.
Hr. Spangenberg, Gr. 26/27, zu verkaufen. (3233) Weidhofsstr. 17, part.

Rinderwagen zu verkaufen. (3237) Fischerstr. 19, I.

3. vert. 3 Kleider f. 1. Mädch. Kinderkleider Waisenstr. 71. (3258)

Neue Schaffstiel, Gr. 26 1/2, zu vert. Fischerstr. 43, I. (3248)

Junge Samtchen zu vert. (3255) Zammerhof 4.

Blödig und unerwartet wurde mir am Dienstagabend 6 Uhr meine liebe Frau und meiner Kinder treuherzigende Mutter durch den Tod entzissen.
H. Harms nebst Angehörigen.
Moisling. (3256)
Beerdigung: Sonnabend, den 25. d. Mts., nachmittags 3 Uhr im Genin.

Zu verkauf. ein Paar Schuhe Größe 38. (3244) J. Wegner, Summersdorf.

Zu vert. 1 Kohlen-Blattstein u. 6 Herren-Tragen, Nr. 40. (3238) Fischtingstr. 27, part.

1 Schlafzimmer, Tisch lack. zu verkaufen. (3235) Dankwartsg. 40, Wertstadt.

Zu verkaufen 2 Paar kräft. Herrenstiefel, wie neu, 1 rot, 1 schwarz. (3255) Schwartau, Sauerhoffstr. 2, I. Sonnabend von 6-7 Uhr.

Junge Wolfshund zu vert. (3240) Mittelstr. 5.

1. bis 1. Schieferhand, 14. u. d. d. (3245) Sadowstr. 1a, III.

Prima Feitel und H. Jäger sind morgen von 11-2 Uhr billig zu vert. (3259) Lüdnig, Kolonie 143.

Brieftauben zu verkaufen. (3247) Warendorferstr. 52/54.
1 Glucke mit 14 Küken z. dt. (3262) Al. Kiebau 16.

4 Eier Ferfel billig zu verkaufen. (3254) J. Klüwer, Schwarz. Wfl. 133

Zu kaufen gesucht 1 Puppenwagen. (3243) Pegelaustr. 7.

Der Puppentektor heilt jede kranke Puppe. (3250) E. Hertel, Hülstr. 74

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (3231)

Otto Albers Markt 4 Kohlen 10 Mag. d. R. Sparr. Enbeca

Zigarettenhaus Fünffußhaus Für Raucher (3229) beste Bezugsquelle. Inh.: P. Gerhard, Fünffußhaus 31

Kunstdünger für Garten und Balkon, Saaterbsen und -Bohnen, Blumenträbe, Tomaten-, Rosen- und Salicaträbe, Gärnerfutter.
Schelm & Wege, Mengstr. 10.

Reell.

elegant, neueste Moden. (3264)

Damenmäntel	125. — 200. — 490. —
Damenkostüme	195. — 350. — 640. — 890. —
Damenblusen	35. — 86. — 120. —
Herrenanzüge	450. — 680. — 870. —
Herrenpaletots	490. — 680. — 950. —
Knabenanzüge	78. — 95. — 130. —

tadelloser Sitz — neue Fassons.

Kleiderstoffe — Waschstoffe
Schürzenstoffe — Bettzeuge

Herren-, Damen- und Kinderstiefel
Schuhwaren = Spezial-Abteilung =

Ehlers & Reetwisch,

Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.

Schuhwaren:
Braune Herren-Stiefel sonst 240.— jetzt 190.— M.
Braune Herr.-Halbschuhe sonst 200.— jetzt 180.— M.
Braune Kinder-Stiefel, 27-30 . . . jetzt 110.— M.
Braune Kinder-Stiefel, 31-35 . . . jetzt 125.— M.
Segeltuchschuhe, braun und weiß. 8245

Grüßr. 59. F. Lucht. Grüßr. 59.

In unserem Verlage erscheint demnächst:

Kommentar zum Reichsheimstättengesetz

von Regierungsrat Dr. Deyer, Lübeck.

Ein unentbehrliches Hilfsbuch für alle Behörden, Architekten, Bauunternehmer, Volkswirtschaftler, Siedler und Siedlungslustige.

Friedr. Meyer & Co., Lübeck
Johannisstraße 46
Verlag — Buchdruckerei — Buchhandlung

Rechnungs-Formulare
fertigt prompt an.
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.